

*Arbeitskreis Konjunktur*

Deutschland 1997/98: Aufschwung mit Schiefelage  
Ostdeutschland 1997/98:  
Fortsetzung der gespaltenen Konjunktur

EU-Strukturfonds: Mittelvergabe an neue Mitglieder  
ist kein Automatismus

*Walter Komar*

Zum Stand des Ausbaus der kommunalen  
Abwasserentsorgung in den neuen Ländern

*Peter Franz*

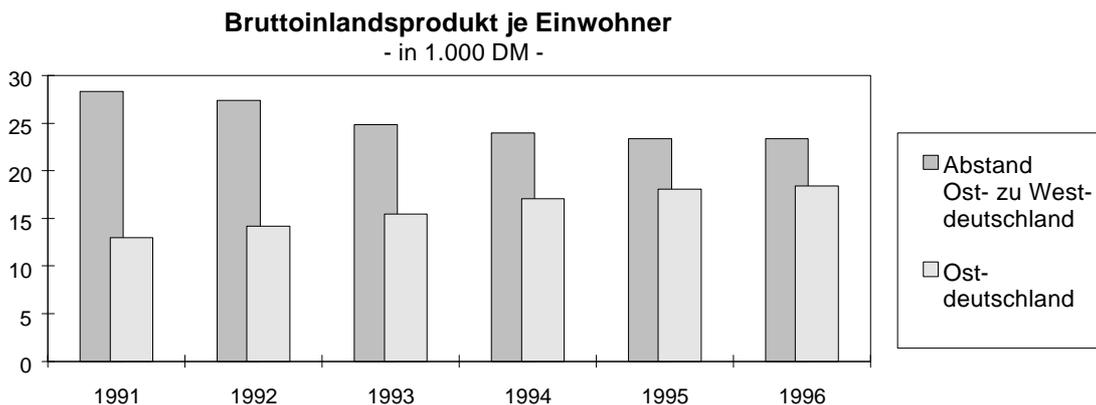
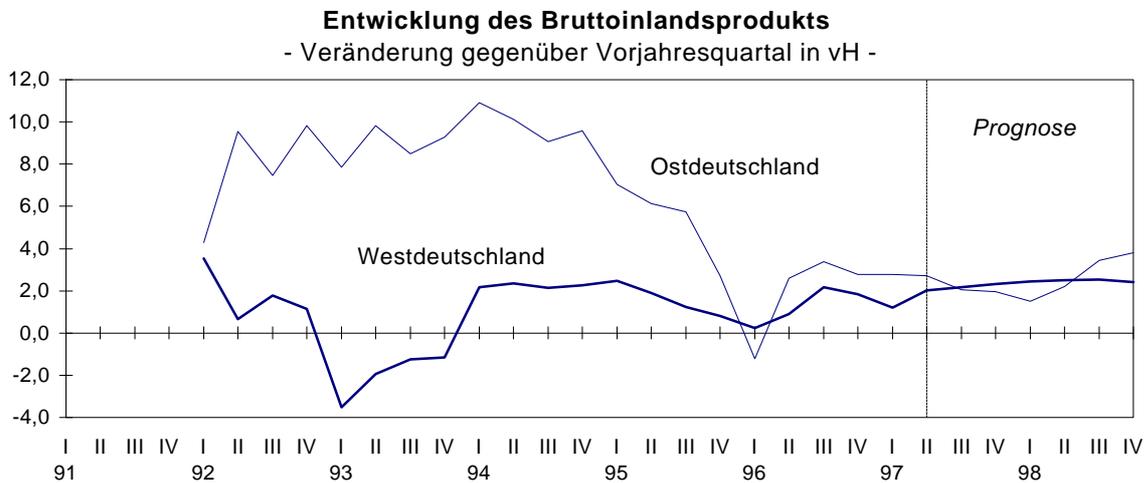
Die Produktion weicher Standortfaktoren:  
Kommunale Kulturausgaben im Ost-West-Vergleich

*Brigitte Loose*

IWH-Bauumfrage:  
Ostdeutsche Bauproduktion mit Schwäche bis zum  
Jahresende

## Aktuelle Trends

Trotz höheren Produktionswachstums in Ostdeutschland - absoluter Abstand zu Westdeutschland im Pro-Kopf-Niveau nicht mehr verringert



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

In den ersten Jahren des Aufbaus in Ostdeutschland wurden mit deutlich höheren Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts als in Westdeutschland schnell Fortschritte in der Annäherung der Pro-Kopf-Produktion erreicht. Betrug der Abstand 1991 im Jahresdurchschnitt noch 28.400 DM – das waren 68,8 vH des Westniveaus –, so ging er bis 1995 auf 23.400 DM (56,4 vH) zurück. Im Jahr 1996 verringerte er sich nicht mehr, obwohl die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland mit 2 vH weiterhin stärker als in Westdeutschland (1,4 vH) expandierte. In der Tat bedarf es bei dem erreichten Niveau der Annäherung eines etwa doppelt so hohen Wachstumstempos im Osten gegenüber dem Westen, um die Wertschöpfungslücke pro Kopf zu Westdeutschland weiter zu schließen. Eine solche Entwicklung wird laut IWH-Prognose erst wahrscheinlich, nachdem die vor allem vom Bauabschwung ausgelöste gegenwärtige Wachstumsschwäche in Ostdeutschland im späteren Verlauf von 1998 überwunden ist. Dann dürfte das erwartet kräftige Wachstum der Wertschöpfung in der Industrie und im Dienstleistungssektor gesamtwirtschaftlich deutlicher zum Tragen kommen.

*Udo Ludwig*

## Deutschland 1997/98: Aufschwung mit Schiefelage

Nach einem schwachen Jahresbeginn hat die Konjunktur in Deutschland im ersten Halbjahr angezogen. Vor allem wegen des beschleunigten Anstiegs des Exports kam es zur Belebung der gesamtwirtschaftlichen Produktion. Damit folgt die Aufwärtsbewegung 1997 zögerlich dem sich seit Mitte 1996 abzeichnenden Grundmuster: Kräftige Ausfuhrimpulse infolge expansiver Entwicklungen auf den Außenmärkten und des gesunkenen Außenwertes der D-Mark treiben die Produktion in Deutschland an. Dagegen belebt sich die Inlandsnachfrage trotz einiger günstiger Ausgangsbedingungen erst wenig. Der Ausfuhranstieg greift bisher vorwiegend auf die Unternehmensinvestitionen der Exportindustrien über, während sich die eher binnenwirtschaftlich orientierten Hersteller mit ihren Investitionsentscheidungen noch zurückhalten. Die nachlassende Nachfrage an Bauinvestitionen dämpft den Produktionsanstieg sogar. Der private Verbrauch expandiert nur schwach, weil die Einkommensspielräume der privaten Haushalte durch den andauernden Beschäftigungsrückgang und die Anhebung der Beitragssätze zur gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung kleiner geworden sind. Angesichts der Sparzwänge dürften vom Staatsverbrauch nach dem Auslaufen der Sonderentwicklung im ersten Halbjahr keine expansiven Impulse ausgehen.

Nach zwei Prozent Wachstum im Jahr 1997 wird sich die Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion 1998 auf 2 ½ Prozent leicht beschleunigen. Die Unternehmensinvestitionen dürften zulegen, nachdem der durch die Exporte ausgelöste Nachfrageschub auch die im heimischen Markt aktiven Produzenten erreicht hat. Die Bauinvestitionen werden im Sog der konjunkturellen Aufwärtsentwicklung die Talsohle hinter sich lassen und nicht mehr belastend wirken. Die privaten Haushalte dürften nach der geplanten Senkung des Solidaritätszuschlages und der Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrages ihre Konsumausgaben trotz wieder erhöhter Sparneigung ausweiten.

Bei dem insgesamt geringen Anstieg der Produktion ist 1997 mit einem zwar verlangsamten, aber immer noch fortdauernden Beschäftigungsabbau zu rechnen. Eine Wende am Arbeitsmarkt ist erst 1998 zu erwarten, wenn die Produktion im Jahresverlauf an Tempo zulegt.

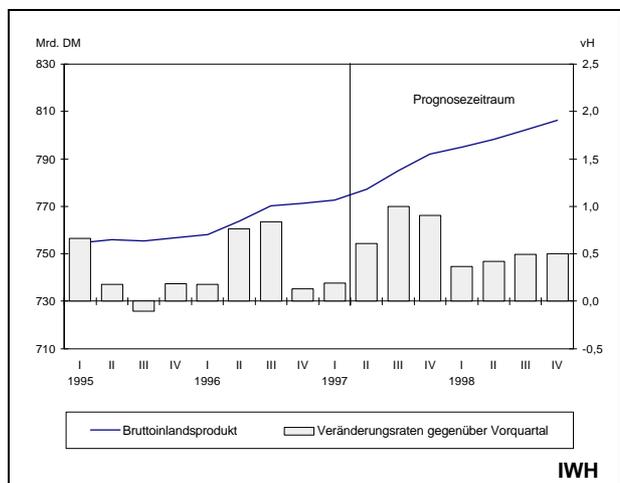
Tabelle 1:  
Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland 1997 und 1998

	1996	1997	1998
	<i>reale Veränderung geg. dem Vorjahr in vH</i>		
Privater Verbrauch	1,3	0,3	1,6
Staatsverbrauch	2,4	1,7	0,9
Anlageinvestitionen	-0,8	0,4	2,7
Ausrüstungen	2,4	3,4	6,0
Bauten	-2,7	-1,5	0,5
Letzte inl. Verwendung	0,8	1,3	1,9
Ausfuhr	4,9	7,0	6,8
Einfuhr	2,6	4,5	4,7
Bruttoinlandsprodukt	1,4	2,0	2,5
Westdeutschland	1,3	2,0	2,5
Ostdeutschland	2,0	2,4	2,8
	<i>in 1.000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland)	34.465	34.060	33.990
Westdeutschland	28.186	27.935	27.940
Ostdeutschland	6.279	6.125	6.050
Arbeitslose	3.965	4.330	4.325
Westdeutschland	2.796	3.030	2.995
Ostdeutschland	1.169	1.300	1.330
	<i>in vH</i>		
Arbeitslosenquote <sup>a</sup>	10,3	11,3	11,3
Westdeutschland	9,0	9,8	9,7
Ostdeutschland	15,7	17,5	18,0

<sup>a</sup> Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Inland).

Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Abbildung 1:  
Bruttoinlandsprodukt in Deutschland  
- saison- und arbeitstäglich bereinigt, in Preisen von 1991 -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

*Angesichts der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung und des moderaten Verhaltens der Tarifpartner besteht für die Bundesbank in absehbarer Zeit kein Anlaß für eine Zinserhöhung. Auch die jüngste Abwertungstendenz der D-Mark begründet keinen geldpolitischen Handlungsbedarf. Die Finanzpolitik sollte auf Gefahren für das Finanzierungsdefizit, die von dem schwachen Aufschwung ausgehen können, nicht mit erneuten Ad-hoc-Maßnahmen reagieren, sondern sich auf einen Kurs der mittelfristigen Solidität besinnen.*

### **Export - Rückgrat des Aufschwungs**

Anregungen für das wirtschaftliche Wachstum in Deutschland gehen vor allem vom Export aus. Bereits zum Ende des vergangenen Jahres expandierte das Auslandsgeschäft deutscher Unternehmen wieder kräftig, eine Entwicklung, die auch in den ersten Monaten 1997 anhielt.

Die Spezialhandelsstatistik zeigt für die ersten vier Monate 1997 im Vorjahresvergleich eine Zunahme der deutschen Warenausfuhren um mehr als 8 vH. Diese Entwicklung ist vor allem auf die anhaltend günstigen außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zurückzuführen. Die Aufwertung der D-Mark, die bis zum Frühjahr 1995 anhielt, hat sich zurückgebildet. Im Mai 1997 lag der Außenwert gegenüber den Währungen der 18 führenden Industrieländer wieder auf dem Stand vom ersten Quartal 1994. Darüber hinaus haben maßvolle Tariflohnabschlüsse und Rationalisierungsmaßnahmen entscheidend zur Senkung der Lohnstückkosten beigetragen. So konnten deutsche Unternehmen ihre Wettbewerbspositionen vor allem auf expandierenden Auslandsmärkten halten oder sogar ausbauen. Ihre Ausfuhren in diese Regionen entwickelten sich dynamischer als die Gesamteinfuhren dieser Länder.

Exportstimulierende Impulse kamen vor allem aus Regionen außerhalb Westeuropas. So sind die Ausfuhren in die außereuropäischen Industrieländer (USA und Japan), in die südostasiatischen Schwellenländer und in die mittel- und osteuropäischen Reformländer deutlich gestiegen. Das spiegelt sich auch in der Verbesserung der Handelsbilanz mit diesen Ländern wider.

Für diese Regionen werden weiterhin überdurchschnittliche Zuwachsraten erwartet. Darüber hinaus lassen bessere konjunkturelle Aussichten für die EU-Länder auf eine steigende Auslandsnachfrage in diesem und im nächsten Jahr schließen. Die Expansion des Welthandels dürfte wieder an Fahrt

gewinnen und in beiden Jahren bei etwa 8 vH liegen.<sup>1</sup>

In den USA wird das spannungsfreie Wirtschaftswachstum anhalten und bei etwa 2 vH liegen. Die tendenzielle Abwertung der D-Mark gegenüber dem US-Dollar wirkt hier zusätzlich stimulierend und verstärkt die Impulse, die aus der weiterhin steigenden Nachfrage nach Investitions- und Konsumgütern kommen werden. Die Nachfrage der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften nach Importgütern wird – wenn auch mit Unterschieden zwischen den einzelnen Ländern – weiter steigen, wobei neben dem Wachstumspotential der Märkte zunehmend die Integration dieser Länder in die internationale Arbeitsteilung an Bedeutung gewinnt. Auf den Märkten Polen, Ungarn und Tschechische Republik sind die wirtschaftlichen Aussichten günstig. Für die deutschen Exporteure, die hier relativ hohe Marktanteile erreicht haben und überwiegend Investitionsgüter liefern, wird sich damit der Trend der vergangenen Jahre fortsetzen. Positive Impulse sind auch weiterhin von den „Dynamischen Volkswirtschaften Asiens“ (Hongkong, Singapur, Thailand, Malaysia, Südkorea, Taiwan) sowie China zu erwarten, die im Vergleich zur EU im Durchschnitt doppelt so hohe BIP-Wachstumsraten aufweisen werden. Neben der Investitionskonjunktur dürfte dort auch der private Verbrauch angesichts steigender Einkommen weiter zunehmen.

Die wirtschaftlichen Aussichten auf dem für die deutschen Ausfuhren besonders wichtigen westeuropäischen Markt sind alles in allem günstig. Für die EU scheint vor dem Hintergrund einer anhaltenden Verbesserung der monetären Rahmenbedingungen, wobei insbesondere der Rückgang der langfristigen Zinsen zu nennen ist, ein reales Wirtschaftswachstum von 2,3 vH (1997) und 2,8 vH (1998) möglich. Von der konjunkturellen Aufwärtsbewegung bei den Haupthandelspartnern in der EU werden unterschiedliche Impulse auf die deutschen Ausfuhren ausgehen. Profitieren werden die deutschen Exporteure von Investitions- und Konsumgütern vor allem von der Ausweitung der Investitionstätigkeit und des privaten Verbrauchs in den Niederlanden, Finnland und Großbritannien. In den mit Deutschland wirtschaftlich eng verflochtenen europäischen Partnerländern Italien und Frankreich wird der Aufschwung insbesondere vom Export getragen sein. Die deutschen Anbieter

---

<sup>1</sup> Vgl. OECD: Wirtschaftsausblick. Paris, Juni 1997, S. 8.

Tabelle 2:

## Index der Entwicklung des Außenwertes der D-Mark gegenüber Währungen ausgewählter Länder

- Ende 1972=100 -

	1994	1995	1996	Mai 1997
USA	199,0	225,1	214,2	189,2
Japan	65,9	68,6	75,6	72,9
<i>Europäische Länder mit stabilem Wechselkurs</i>				
Frankreich	215,5	219,4	214,2	212,4
Belgien/Luxemburg	148,2	147,9	148,0	148,4
Niederlande	111,4	111,3	111,3	111,7
Dänemark	180,9	180,5	177,9	175,8
<i>„Abwertungsländer“<sup>a</sup> im EWS</i>				
Italien	551,2	630,5	568,4	547,2
Finnland	412,6	434,9	420,7	421,8
Irland	311,7	329,1	314,1	293,0
Portugal	1.209,9	1.237,9	1.212,4	1.191,3
<i>„Abwertungsländer“<sup>a</sup> außerhalb des EWS</i>				
Großbritannien	304,7	334,6	322,2	271,7
Schweden	318,6	333,6	298,5	301,6
Griechenland	1.607,3	1.737,3	1.718,9	1.713,2

<sup>a</sup> Als Abwertungsländer werden solche Länder bezeichnet, die 1995 in den Sog der ausgeprägten Währungsturbulenzen geraten waren und deren Währung gegenüber der D-Mark deutlich an Wert verloren hatte.

Quelle: Deutsche Bundesbank.

Tabelle 3:

## Entwicklung der Wareneinfuhr ausgewählter Länder und Regionen im Vergleich zu den deutschen Warenausfuhr in diese Länder bzw. Regionen

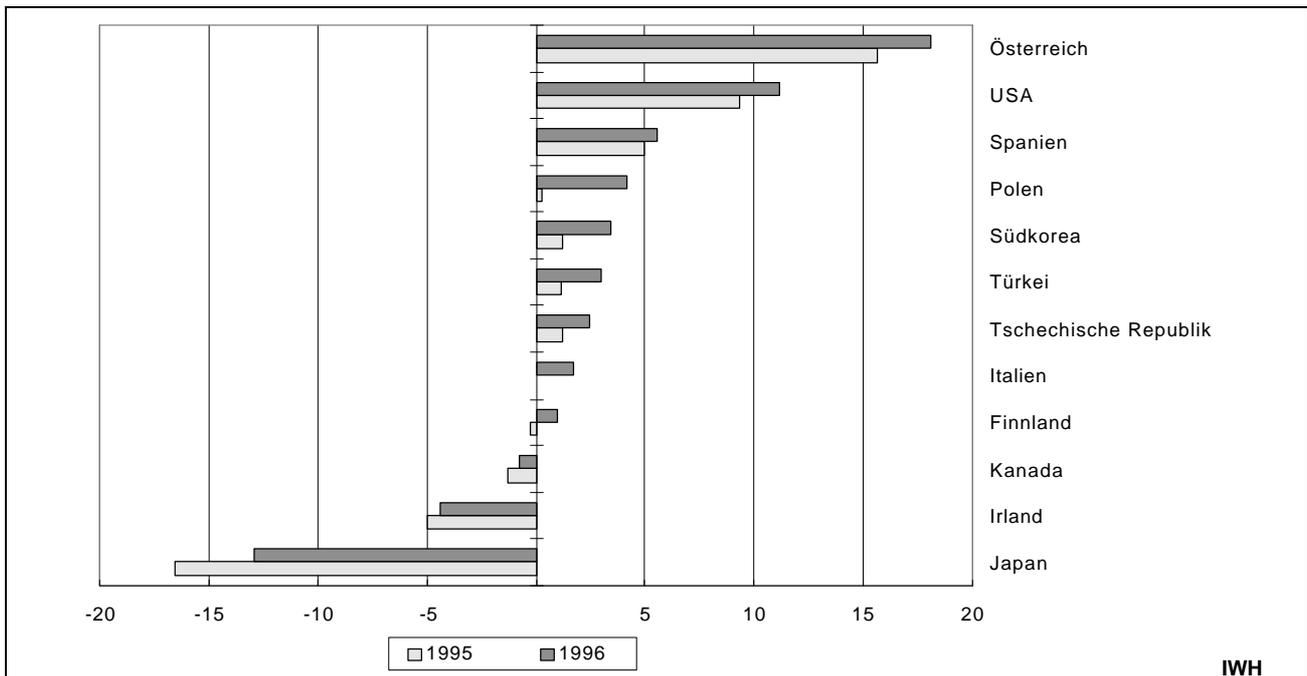
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH -

Region	1995			1996		
	Einfuhr gesamt	Dt. Waren- ausfuhr <sup>a</sup>	Wachstums- ratenrelation <sup>b</sup>	Einfuhr gesamt	Dt. Waren- ausfuhr	Wachstums- ratenrelation <sup>b</sup>
USA	11,9	0,8	0,07	6,1	10,1	1,67
Kanada	11,3	-6,6	-	3,2	2,6	0,81
MERCOSUR <sup>c</sup>	26,0	10,2	0,39	3,0	5,1	1,70
EU-15	5,0	8,8	1,76	6,4	2,8	0,44
darunter						
Frankreich	7,7	5,7	0,74	2,8	-1,6	-
Italien	10,7	8,4	0,78	3,6	3,6	1,00
Großbritannien	5,3	11,8	2,22	10,7	2,5	0,23
Niederlande	12,0	8,1	0,68	6,0	3,2	0,53
Mittel- und Osteuropa <sup>d</sup>	11,5	14,6	1,27	12,0	17,3	1,44
DAE <sup>e</sup>	15,5	13,3	0,86	4,0	4,9	1,23
China	14,0	4,7	0,34	5,0	1,0	0,20

<sup>a</sup> Das Jahr 1994 als Basis der Berechnung enthält in der Position insgesamt Schätzwerte für nichtmeldepflichtige Ausfuhr, die in den Angaben nach Ländergruppen und Ländern nicht enthalten sind. – <sup>b</sup> Errechnet als Verhältnis von Ausfuhr- zur Einfuhrentwicklung. – <sup>c</sup> Argentinien, Brasilien, Paraguay, Uruguay. – <sup>d</sup> Inclusive GUS. – <sup>e</sup> DAE (Dynamic Asean Economies): Hongkong, Südkorea, Malaysia, Taiwan, Thailand, Singapur.

Quelle: WTO, OECD, EUROSTAT, Deutsche Bundesbank; Berechnungen des IWH.

Abbildung 2:  
Handelsbilanzsaldo nach Ländern  
- in Mrd. DM -



Quelle: Deutsche Bundesbank; IWH.

werden hier zunächst über steigende Lieferungen von Vorprodukten profitieren.

Insgesamt rechnet das IWH im Prognosezeitraum mit einem deutlichen Exportzuwachs von fast 7 vH in diesem und 6 ¾ vH im nächsten Jahr.

Kräftig, aber schwächer als die Ausfuhren entwickelten sich zu Jahresbeginn die Wareneinfuhren. Im Vergleich zum Vorjahr weist die Spezialhandelsstatistik für die ersten vier Monate 1997 einen Importanstieg von 6 vH aus. Allerdings dürfte in realer Rechnung die Entwicklung deutlich schwächer gewesen sein, weil die Preise für importierte Güter vor allem wegen der gestiegenen Rohstoffnotierungen im Winterhalbjahr 1996/97 spürbar anzogen. Nachdem im vergangenen Jahr die konjunkturelle Entwicklung in Deutschland eher moderat verlief und erst in der zweiten Jahreshälfte ein deutlicher Importanstieg festzustellen war, sollte mit der allmählichen Belebung der Export- und der Investitionsaktivitäten der Unternehmen vor allem die Nachfrage nach ausländischen Vorprodukten sowie Investitionsgütern weiter steigen. Die Einfuhren dürften auch von den expansiven Lagerdispositionen Impulse erhalten. Dämpfende Einflüsse gehen dagegen von dem gesunkenen Außenwert der D-Mark aus. Insgesamt erwartet das IWH für 1998 einen Importzuwachs von 4 ¾ vH nach 4 ½ vH in diesem Jahr.

Bei der prognostizierten Entwicklung von Warenausfuhr und -einfuhr wird der Überschuß in der Handelsbilanz in diesem und stärker noch im nächsten Jahr weiter steigen. 1997 wird erstmals wieder das hohe Niveau vom Ende der achtziger Jahre erreicht. Die Dienstleistungsbilanz wird zwar weiter stark defizitär bleiben, allerdings dürfte sich der Fehlbetrag nur noch leicht erhöhen. Nach wie vor wird er vom hohen Defizit im Reiseverkehr (1996: 50 Mrd. DM) bestimmt. Alles in allem könnte das Plus im Außenhandel ausreichen, um die erwarteten Negativsalden bei den übrigen Komponenten der Leistungsbilanz mehr als auszugleichen.

Tabelle 4:  
Ausfuhr und Einfuhr Deutschlands an Waren und Dienstleistungen  
- in Preisen von 1991 -

	1996	1997	1998
	<i>in Mrd. DM</i>		
Ausfuhr	826,9	884,6	944,4
Einfuhr	824,5	861,7	901,8
Außenbeitrag	- 2,4	22,9	42,3
	<i>Veränderung geg. dem Vorjahr in vH</i>		
Ausfuhr	4,9	7,0	6,8
Einfuhr	2,6	4,5	4,7

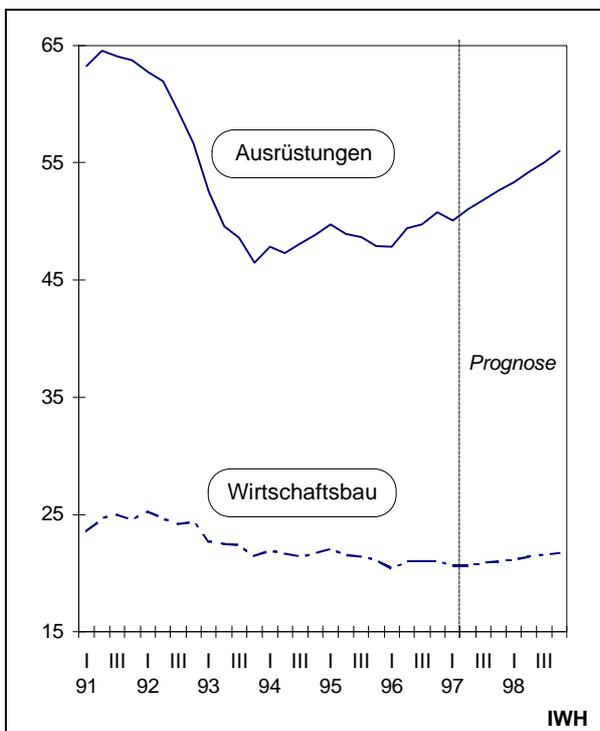
Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

### **Unternehmensinvestitionen zunächst noch verhalten**

Die Hoffnungen auf einen kräftigen Impuls der Unternehmensinvestitionen für die Binnenkonjunktur sind auch im ersten Vierteljahr 1997 nicht erfüllt worden. Während im Vergleich zum Vorjahresquartal noch ein Zuwachs zu verzeichnen war, gaben die Unternehmensinvestitionen gegenüber dem Vorquartal arbeitstäglich- und saisonbereinigt um 1,1 vH nach. Dabei war der Wirtschaftsbau, der bis Anfang 1995 vom Investitionsboom der neuen Länder profitiert hatte, noch stärker als die Ausrüstungsinvestitionen abwärts gerichtet. Ausschlaggebend ist, daß der westdeutsche Wirtschaftsbau bisher nicht an die Entwicklung der Ausrüstungsinvestitionen angekoppelt hat. Der ostdeutsche Wirtschaftsbau ist infolge der schwächer gewordenen gesamtwirtschaftlichen Expansion der neuen Länder und der noch geringen Wettbewerbsfähigkeit und Ertragskraft des Unternehmenssektors weiter rückläufig.

Die verhaltene Entwicklung der Unternehmensinvestitionen verdeutlicht, daß die vornehmlich vom Export ausgehenden expansiven Effekte noch nicht

Abbildung 3:  
Unternehmensinvestitionen<sup>a</sup> in den alten Bundesländern  
- saison- und arbeitstäglich bereinigt; Mrd. DM in Preisen von 1991 -



<sup>a</sup> Ausrüstungsinvestitionen ab 1995 IWH-Schätzungen.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

auf die Binnenkonjunktur übergegriffen haben. Unterteilt man die Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes in vorwiegend binnen- und in vorwiegend exportorientierte Branchen, so signalisiert die unterdurchschnittliche Kapazitätsauslastung der primär binnenwirtschaftlich orientierten Hersteller noch beträchtliche Produktionsreserven. Nach wie vor sind es die exportorientierten Wirtschaftszweige, die aufgrund der hohen Auslandsnachfrage eine höhere Kapazitätsauslastung aufweisen.

Ein Grund für die schwache Entwicklung der Unternehmensinvestitionen kann in den hohen Kapazitäten gesehen werden, die im Rahmen der deutschen Vereinigung aufgebaut wurden und sich im nachhinein wohl als zu umfangreich erwiesen haben. Außerdem sehen sich die Unternehmen einer erhöhten Unsicherheit bezüglich wichtiger politischer Rahmenbedingungen gegenüber. So haben die Probleme bei der Ausgestaltung und Umsetzung der Unternehmenssteuerreform viele Unternehmen zu einer abwartenden Haltung veranlaßt. Ähnlich wirkt die Wechselkursunsicherheit im Zusammenhang mit der noch ausstehenden Entscheidung zum termingerechten Beginn der EWU.

Neben den politischen Unsicherheiten könnten die hohen Direktinvestitionen deutscher Unternehmen im Ausland bei gleichzeitig geringem Engagement ausländischer Investoren in Deutschland zur verhaltenen Entwicklung der Unternehmensinvestitionen beigetragen haben. Hierfür spricht der Rückgang der Arbeitsplätze in der deutschen Industrie im Vergleich zur gestiegenen Beschäftigung bei deutschen Unternehmen im Ausland.<sup>2</sup> Dieser Arbeitsplatzabbau kann als ein Reflex kostenorientierter Standortverlagerungen gedeutet werden. Dementgegen spielen aber auch absatzorientierte Motive bei Direktinvestitionen nach wie vor eine wichtige Rolle. Die Erschließung neuer Märkte kann inländische Produktion sichern und somit ein komplementäres Verhältnis von Direktinvestitionen im Ausland und Anlageinvestitionen im Inland begründen. So zeigen Umfrageergebnisse, daß Unternehmen mit Auslandsaktivitäten im Vergleich zu nur im Inland produzierenden Herstellern keine wesentlichen Investitionseinschränkungen vorgenommen haben.<sup>3</sup> Daneben weisen ökonometrische Untersuchungen einen

<sup>2</sup> Vgl. DEUTSCHE BUNDESBANK: Kapitalverflechtung mit dem Ausland, Statistische Sonderveröffentlichung 10 (1997).

<sup>3</sup> Vgl. GERSTENBERGER, W.: Investitionsschwäche in Deutschland?, in: ifo Schnelldienst Nr.16 (1997), S. 15 ff.

ähnlich starken Einfluß von Kosten- und Marktmotiven auf die Direktinvestitionsentscheidungen im Ausland nach.<sup>4</sup> Aufgrund dieser gegensätzlichen Motive und der uneinheitlichen internationalen Datenbasis für Direktinvestitionen sind einer exakten Quantifizierung möglicher Verlagerungen von Anlageinvestitionen ins Ausland Grenzen gesetzt.

Für den Prognosezeitraum ist mit einer stärkeren Nachfrage nach neuen Anlagegütern zu rechnen. Mit niedrigen langfristigen Zinsen und moderaten Tarifabschlüssen bleiben die Rahmenbedingungen im Inland überwiegend günstig, wenn auch die Unsicherheiten im politischen Umfeld erst mit den Entscheidungen zu den anstehenden Reformen abnehmen werden. Die Exportkonjunktur dürfte langsam auf die bisher schwache Binnennachfrage übergreifen. Im Rahmen der Lieferverflechtungen kann erwartet werden, daß die Exporte auch die Kapazitätsauslastung bei den Vorleistungsgüterproduzenten erhöhen und von dort auf die Einkommensentstehung in der Gesamtwirtschaft ausstrahlen. Die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen dürften 1997 um 3,9 vH und 1998 um 6,3 vH gegenüber dem Vorjahr ansteigen.

Tabelle 5:  
Unternehmensinvestitionen in Deutschland  
- in Preisen von 1991 -

	1996	1997	1998
	<i>in Mrd. DM</i>		
Unternehmensinvestitionen	379,1	385,8	403,7
davon: Ausrüstungen	251,8	261,0	277,3
Bauten <sup>a</sup>	127,3	124,9	126,4
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH</i>		
Unternehmensinvestitionen	-0,1	1,8	4,6
davon: Ausrüstungen	2,4	3,6	6,3
Bauten <sup>a</sup>	-4,5	-1,9	1,2

<sup>a</sup> Ohne Wohnungsbau.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Mit einer deutlichen Verzögerung gegenüber den Ausrüstungsinvestitionen dürfte sich auch der westdeutsche Wirtschaftsbau 1997 stabilisieren. 1998 werden im Rahmen einer weiteren konjunkturellen Belebung neben den Rationalisierungs- auch die Erweiterungsinvestitionen wieder an Bedeutung ge-

winnen und den gewerblichen Bau ankurbeln. In Ostdeutschland wird die Talsohle im Wirtschaftsbau allerdings 1997 erst erreicht. Im Verlauf des Jahres 1998 könnte es – unterstellt man eine zunehmende Konjunkturagibilität der ostdeutschen Wirtschaft insgesamt – zu einer Stabilisierung des Wirtschaftsbaus kommen, im Jahresdurchschnitt bedeutet dies jedoch immer noch eine Abnahme.

### **Bauinvestitionen – Stabilisierung erst 1998**

Die Bauinvestitionen belasten auch in diesem Jahr die Konjunktur in Deutschland. Im ersten Quartal 1997 ergibt sich kalender- und saisonbereinigt ein Rückgang. Die Baunachfrage wird 1997 insgesamt nochmals um etwa 1,5 vH nachgeben. Dem wirken lediglich die Modernisierung im Wohnungsbestand und der Eigenheimbau entgegen. Die Wohneigentumsförderung und die günstigen Kostenbedingungen (niedrige Hypothekenzinsen, fallende Baupreise) werden den selbstgenutzten Eigenheimbau in Ost- wie in Westdeutschland weiter anregen. In Ostdeutschland wirken die anhaltend guten Abschreibungsmöglichkeiten bei Bestandsmaßnahmen (40 vH) zusätzlich stimulierend.

Die rückläufige Tendenz der Baunachfrage kommt 1997 noch nicht zum Stillstand, weil die Sonderentwicklung auf dem ostdeutschen Baumarkt erst langsam ausläuft und Impulse für den westdeutschen Wohnungsbau noch fehlen. Der ostdeutsche Mietwohnungsneubau geht mit der Verringerung der steuerlichen Anreize (Senkung der Sonder-Afa von 50 vH auf 25 vH) erstmals seit der Vereinigung zurück. Zwar wird der Rückgang aufgrund verschiedener Varianten zur Konservierung der Sonderabschreibungsmöglichkeiten im Jahresverlauf geglättet (z.B. durch die Leistung angemessener Vorauszahlungen bzw. die Bildung sogenannter Vorschaltgesellschaften), erreicht aber im Jahresdurchschnitt 4 vH. In Westdeutschland setzt sich der Abwärtstrend im Geschoßwohnungsbau aufgrund verschlechterter Abschreibungsbedingungen, Vermietungsproblemen in einzelnen Segmenten bzw. Regionen und den eher gedrückten Renditeerwartungen 1997 noch fort. Im öffentlichen Bau ergeben sich wegen der eingeleiteten Sparmaßnahmen erneut Nachfragerückgänge zwischen 2,5 vH und 3 vH.

Für 1998 erwartet das IWH im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Belebung erste Anzeichen einer Besserung der Baukonjunktur. Dies dürfte sich vor allem im westdeutschen Wirtschaftsbau bemerkbar machen. Im Geschoßwohnungsbau könnten sich Vorzieheffekte aus der geplanten Strei-

<sup>4</sup> Vgl. JOST, T.: Direktinvestitionen und Standort Deutschland, Volkswirtschaftliche Forschungsgruppe der Deutschen Bundesbank, Diskussionspapier Nr. 2 (1997).

chung der degressiven Abschreibung im Rahmen der Steuerreform ergeben. Der Eigenheimbau und die Bestandsmaßnahmen werden bei anhaltend günstigen Rahmenbedingungen auch 1998 zunehmen. Die Finanzierbarkeit öffentlicher Bauten dürfte sich wohl 1998 weiterhin verringern, der Rückgang öffentlicher Bauinvestitionen könnte aber mit der konjunkturellen Belebung nachlassen. Für Westdeutschland ergibt sich dadurch ein schwacher Zuwachs der Bauinvestitionen von reichlich einem Prozent. In Ostdeutschland wird die Baunachfrage auch 1998 weiter abflachen, die Rückgänge werden aber nicht mehr so stark ausfallen wie 1997.

Tabelle 6:  
Entwicklung der Bauinvestitionen Deutschland  
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH, Preise 1991 -

	1996	1997	1998
Deutschland	-2,7	-1,5	0,5
Gewerbliche Bauten	-4,5	-1,9	1,2
Wohnbauten	-0,3	-1,0	0,6
Öffentliche Bauten	-6,8	-2,8	-1,2
Alte Bundesländer	-3,0	-0,6	1,3
Gewerbliche Bauten	-3,4	-0,5	2,9
Wohnbauten	-1,6	0,0	1,1
Öffentliche Bauten	-7,8	-2,9	-1,0
Neue Bundesländer	-1,7	-3,9	-1,7
Gewerbliche Bauten	-6,6	-4,5	-2,0
Wohnbauten	4,4	-4,0	-1,4
Öffentliche Bauten	-4,8	-2,5	-1,5

Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

### Privater Verbrauch weiterhin schwach

Die ohnehin verhaltene Entwicklung der Konsumausgaben der privaten Haushalte gegen Ende des Jahres 1996 schwächte sich im ersten Quartal 1997 weiter ab. Der reale private Verbrauch stagnierte gegenüber dem Vorjahresquartal. Angesichts eines im Vergleich zu den Preisen für Konsumgüter geringeren Anstiegs der verfügbaren Einkommen, haben die privaten Haushalte ihre Spartätigkeit eingeschränkt, um das erreichte Konsumniveau aufrecht zu erhalten. Deutlich zu spüren bekam der Einzelhandel die geringe Kaufkraft, während die Ausgaben für Mieten und Dienstleistungen davon eher unberührt blieben. Der Einzelhandelsumsatz im engeren Sinne – d.h. ohne Kfz- und Mineralölhandel sowie Apotheken – ging in den ersten vier Monaten real um zwei Prozentpunkte zurück. Größere Einbußen verzeichneten insbesondere der Handel mit Möbeln, Einrichtungsgegenständen und

Hausrat, der Versandhandel sowie der Facheinzelhandel mit Nahrungsmitteln und Getränken.

Im weiteren Verlauf des Jahres 1997 wird sich die Nachfrage der privaten Haushalte nicht wesentlich erhöhen. Erst im Jahr 1998 dürfte sich der private Verbrauch beleben. Hierzu tragen die steuerlichen Entlastungen der privaten Haushalte Anfang 1998 sowie die leichte Verbesserung der Arbeitsmarktsituation im Laufe des Jahres bei.

Die erreichte hohe Preisniveaustabilität und die weiter angespannte Lage auf dem Arbeitsmarkt haben die tariflichen Neuabschlüsse für 1997 niedrig ausfallen lassen. In der gewerblichen Wirtschaft lagen sie im Durchschnitt bei 1,5 vH. Im öffentlichen Dienst trat zum 1. Januar 1997 mit einer Erhöhung um 1,3 vH die zweite Stufe des Tarifabschlusses aus dem Jahr 1996 in Kraft. Die tariflichen Stundenlöhne dürften den für 1997 vereinbarten Abschlüssen zufolge in den alten Bundesländern um durchschnittlich 1,5 vH und in den neuen Bundesländern durch weitere Anpassungsschritte um 3 vH steigen. Da der Abbau der Beschäftigung 1997 noch nicht zum Stillstand kommt, ist im laufenden Jahr nochmals mit einem Rückgang des Arbeitsvolumens um gut 2 vH zu rechnen und die Brutto-lohn- und -gehaltsumme dürfte mit 0,5 vH erneut schwächer als im Vorjahr ansteigen. Bei der Netto-lohn- und -gehaltsumme zeichnet sich infolge der merklichen Erhöhung des Beitragsatzes in der gesetzlichen Rentenversicherung von 19,2 vH auf 20,3 vH zu Beginn des Jahres und einer Zunahme des Beitragsatzes zur gesetzlichen Krankenversicherung im Jahresverlauf sogar ein Rückgang ab.

Tabelle 7:  
Verfügbares Einkommen und Verbrauch der privaten Haushalte<sup>a</sup> in Deutschland  
- Veränderung gegenüber Vorjahr in vH -

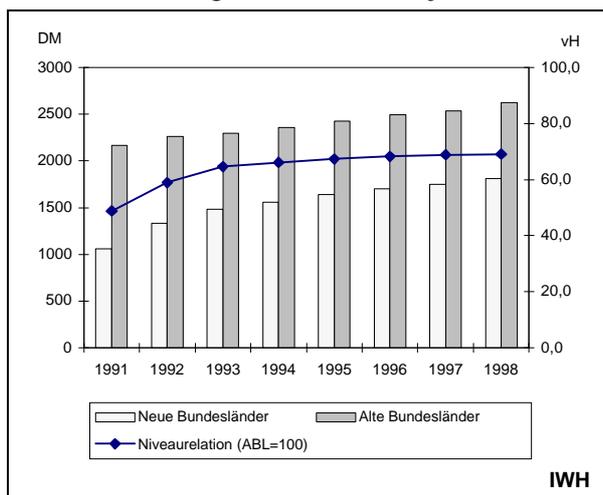
	1996	1997	1998
Verfügbares Einkommen, nominal	3,3	1,8	3,7
darunter			
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,2	-0,9	1,2
Empfangene lfd. Übertragungen	1,5	1,6	1,9
Ersparnis	3,4	-0,8	4,7
Privater Verbrauch, nominal	3,3	2,2	3,6
Sparquote (in vH)	11,6	11,3	11,4
Preisindex des privaten Verbrauchs	1,9	1,9	1,9
Privater Verbrauch, real	1,3	0,3	1,6

<sup>a</sup> Einschließlich der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.  
Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Die öffentlichen Konsolidierungsbemühungen lassen in diesem Jahr mit 1,6 vH nur einen geringfügigen Anstieg der staatlichen Einkommensübertragungen zu. Zwar erhöhten sich die Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Juli 1997 stärker als im Vorjahr, und die Zahlungen aus der Arbeitslosenversicherung werden angesichts einer deutlich steigenden Zahl der Arbeitslosen zunehmen. Zugleich treten aber Kürzungen in der Kranken- und Arbeitslosenversicherung sowie bei der Sozial- und Arbeitslosenhilfe in Kraft, die sich auf etwa 11 Mrd. DM summieren und die laufenden Einkommensübertragungen an private Haushalte dämpfen. Somit dürften im Jahr 1997 die Masseneinkommen, die die Nettolohn- und -gehaltsumme und die empfangenen laufenden Einkommensübertragung der privaten Haushalte umfassen, nominal nur marginal steigen und real sogar rückläufig sein.

Dynamischster Teil der verfügbaren Einkommen bleiben die Einkommen aus Vermögen (Zins- und Mieteinkünfte) sowie die entnommenen Gewinne der Selbständigen. Aber auch ihre Entwicklung erhält angesichts des niedrigen Zinsniveaus und der zu Beginn des Jahres wahrscheinlich verringerten Privatentnahmen der Selbständigen einen Dämpfer. Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte werden unter Einschluß der entnommenen Gewinne und Vermögenseinkommen mit 1,8 vH deutlich schwächer als im Vorjahr zunehmen.

Abbildung 6:  
Monatliche verfügbare Einkommen je Einwohner



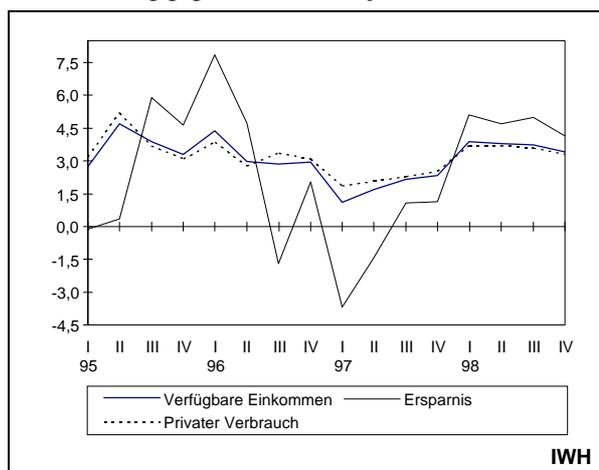
Quelle: 1991-1994 Statistisches Bundesamt, 1995-1998 Berechnungen und Prognose des IWH.

Die Sparquote der privaten Haushalte dürfte im Jahr 1997 sinken. Dafür spricht das geringe Zinsniveau und das Bestreben der Haushalte, ein einmal

erreichtes Konsumniveau auch bei schwacher Einkommensentwicklung aufrecht zu erhalten. Der private Konsum der Haushalte kann demzufolge jahresdurchschnittlich nominal um 2,2 vH zulegen, was bei weiterhin ruhigem Preisklima einem geringen Anstieg der realen Konsumausgaben von 0,3 vH entspricht.

Im Jahr 1998 ist mit einer Belebung der privaten Verbrauchsnachfrage zu rechnen. Die konjunkturelle Erholung wirkt allmählich auf den Arbeitsmarkt und die Einkommensentwicklung durch. Bereits abgeschlossene Tarifvereinbarungen für 1998 deuten auf weiterhin moderate Lohnzuwächse hin. Die Prognose geht von einer durchschnittlichen Erhöhung der tariflichen Stundenlöhne von 1,5 bis 2 vH in den alten Bundesländern und von 2,5 bis 3 vH (einschließlich Anpassungsschritte) in den neuen Bundesländern aus. Da das Arbeitsvolumen im Jahresdurchschnitt nur noch leicht rückläufig sein wird, wächst die Bruttolohn- und -gehaltsumme 1998 um gut 1 vH. Bei der geplanten Absenkung des Solidaritätszuschlages um 2 Prozentpunkte und der voraussichtlichen Anhebung des steuerlichen Grundfreibetrages werden die Arbeits-einkommen steuerlich entlastet. Unter der Annahme, daß es keine weiteren wesentlichen Erhöhungen der Beitragssätze zur Sozialversicherung gibt, steigt die Nettolohn- und -gehaltsumme somit um 1 bis 1,5 vH.

Abbildung 7:  
Entwicklung von verfügbarem Einkommen, privatem Verbrauch und Ersparnis  
- Veränderung gegenüber dem Vorjahreszeitraum in vH -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Prognose des IWH.

Die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte dürften sich insbesondere durch den kräftigen Anstieg der Einkommen der Selbständigen, die im

Gefolge der konjunkturellen Belebung expandieren, nominal um knapp 4 vH erhöhen. Die privaten Haushalte werden die Einkommensverbesserung nutzen, um wieder stärker zu sparen. Der private Verbrauch dürfte geringfügig schwächer als die verfügbaren Einkommen steigen. Bei weiterhin relativ stabilen Verbraucherpreisen expandiert die reale Verbrauchernachfrage um 1,6 vH im Jahresdurchschnitt 1998, wobei der Anstieg der Konsumausgaben zu Jahresbeginn am stärksten ist.

### Staatsverbrauch mit Sondereffekten

Der Staatsverbrauch wird im laufenden Jahr real um 1,8 vH zunehmen und damit im Vergleich zu den anderen Verwendungsaggregaten überproportional zur Stützung der Nachfrage beitragen. Ursache für den Anstieg sind vor allem Sachausgaben der Pflegeversicherung, die – zusammen mit einer temporären Erhöhung der Verteidigungsausgaben – im ersten Halbjahr 1997 zu einem Zuwachs des Staatsverbrauchs um 2,8 vH führten. Nach Auslaufen dieses Sondereffekts wird die Entwicklung des Staatsverbrauchs durch die moderate Entwicklung bei den Personalkosten im öffentlichen Dienst bestimmt. Entsprechend ist im zweiten Halbjahr dieses Jahres eine Zunahme von real lediglich 0,8 vH, im folgenden Jahr von 0,9 vH zu erwarten.

### Produktion kommt nur langsam in Schwung

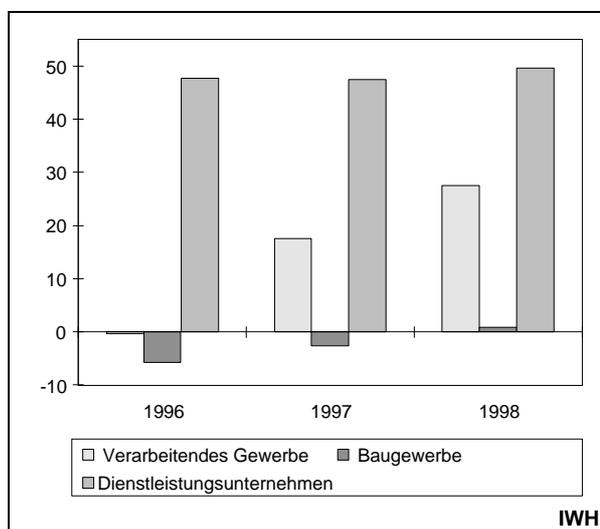
Trotz des Anstiegs im ersten Vierteljahr 1997 gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum um 1,3 vH war die gesamtwirtschaftliche Produktion im ersten Vierteljahr saisonbereinigt gegenüber dem vierten Quartal 1996 rückläufig. Allerdings standen im ersten Quartal dieses Jahres rund drei Arbeitstage weniger zur Verfügung als vor einem Jahr, so daß saison- und arbeitstäglich bereinigt die Konjunktur aufwärtsgerichtet war.

Das Produktionswachstum geht vor allem auf die Dienstleistungsunternehmen zurück, in denen die Wertschöpfung überdurchschnittlich expandierte. Im Verarbeitenden Gewerbe setzte sich der aufwärtsgerichtete Trend von 1996 fort. Auch im Baugewerbe nahm im ersten Quartal die Wertschöpfung gegenüber dem Vorjahresquartal zu. Dahinter verbirgt sich jedoch lediglich ein statistischer Basiseffekt, der aus dem witterungsbedingten Tiefstand der Produktion im Vorjahresquartal resultiert.

Im Verlauf des Jahres 1997 wird sich die gesamtwirtschaftliche Produktion beleben. Getragen wird der nach wie vor schwache Zuwachs vom Verarbeitenden Gewerbe, das in West- wie auch in

Ostdeutschland von der Auslandsnachfrage kräftige Impulse erhält. Auch von den steigenden Ausrüstungsinvestitionen werden die Hersteller industrieller Erzeugnisse profitieren. Einer Zunahme der Industrieproduktion in Deutschland um 2,4 vH wird 1997 jedoch ein Rückgang der Bauproduktion um 1,5 vH gegenüberstehen. In Westdeutschland wird die Schrumpfung der Bauaktivitäten durch die steigende Industrieproduktion mehr als kompensiert, so daß im Jahresverlauf eine leichte Wachstumsbeschleunigung zu erwarten ist. In Ostdeutschland hingegen wird der starke Rückgang der Bauproduktion insbesondere im zweiten Halbjahr zu einer Abflachung des Produktionszuwachses führen. Die Dienstleistungen werden auch 1997 überdurchschnittlich expandieren, in Ostdeutschland wegen des noch bestehenden Nachholbedarfs stärker als in Westdeutschland. Insgesamt dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 1997 um 2,0 vH steigen, in Ostdeutschland trotz rückläufiger Bauproduktion mit 2,4 vH etwas schneller als im gesamtdeutschen Durchschnitt.

Abbildung 8:  
Beiträge ausgewählter Wirtschaftsbereiche zum Zuwachs der Wertschöpfung in Deutschland  
- in Mrd. DM -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Im kommenden Jahr ist sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ein leicht verstärkter Produktionsanstieg zu erwarten. Neben der anhaltend kräftigen Auslandsnachfrage und den steigenden Ausrüstungsinvestitionen dürfte nunmehr auch wieder vom privaten Verbrauch ein – wenn auch schwacher – Impuls auf die Produktionsaktivitäten ausgehen. Der gesamtwirtschaftliche Produktions-

anstieg in Deutschland wird maßgeblich aus dem Verarbeitenden Gewerbe kommen. Vom Baugewerbe ist ein positiver, wenn auch geringer Wachstumsbeitrag zu erwarten. Allerdings verbergen sich dahinter gegenläufige Tendenzen. Während in Ostdeutschland die nachlassende Nachfrage zu einer weiteren Rückführung der Bauaktivitäten führen wird, ist in Westdeutschland mit einem moderaten Anstieg der Bauproduktion zu rechnen.

Das Bruttoinlandsprodukt dürfte 1998 um 2,5 vH steigen, in Ostdeutschland mit 2,8 vH nach wie vor etwas schneller als im bundesdeutschen Durchschnitt. Einem kräftigeren Produktionsanstieg, der durch die schnelle Expansion der Industrieproduktion sowie die anhaltend hohen Zuwachsraten bei der Erbringung der Dienstleistungen angelegt ist, wirkt in Ostdeutschland die schrumpfende Bauproduktion entgegen.

### ***Keine Entspannung am Arbeitsmarkt***

Die Lage am Arbeitsmarkt hat sich nochmals spürbar verschlechtert. Im ersten Quartal nahm die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahresquartal um etwa 530.000 Personen bzw. 1,5 vH ab.

In Westdeutschland setzte sich der seit der Rezession von 1993 zu beobachtende Arbeitsplatzabbau fort. Im ersten Quartal 1997 ging die Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vorjahresquartal um etwa 370.000 Personen zurück. Die Beschäftigungsverluste konzentrierten sich auf das Produzierende Gewerbe, den Handel und das Verkehrswesen sowie die Land- und Forstwirtschaft. Allein im Bauhauptgewerbe nahm im ersten Vierteljahr die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem Vorjahresquartal um 80.000 Personen bzw. 10 vH ab. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die veränderten Regelungen zum Schlechtwettergeld. Da auch im April dieses Jahres der Beschäftigungsstand des Vorjahresmonats um ca. 90.000 Personen unterschritten wurde, reflektiert dieser Beschäftigungsrückgang auch einen Arbeitsplatzabbau.

In Ostdeutschland ging die Erwerbstätigkeit im ersten Quartal um ca. 160.000 Personen gegenüber dem Vorjahresquartal zurück. Der Nettoverlust auf dem ersten Arbeitsmarkt belief sich auf knapp 150.000 Arbeitsplätze. Der größte Teil entfiel auch in Ostdeutschland auf das Bauhauptgewerbe, wo die Erwerbstätigkeit um 40.000 Personen abnahm. Auch hier war im April die Beschäftigung um 55.000 Personen niedriger als im Vorjahresmonat, so daß aller Wahrscheinlichkeit nach ein Arbeitsplatzabbau stattgefunden hat.

Insgesamt ist der Beschäftigungsrückgang Reflex des schwachen Produktionswachstums. Der Arbeitsplatzabbau spiegelt jedoch auch die anhaltend starken Rationalisierungsbemühungen der Unternehmen wider. Zwar verlangsamte sich 1996 der Anstieg der Arbeitsproduktivität. Dieser lag jedoch in Westdeutschland um 1,1 Prozentpunkte und in Ostdeutschland um 2,1 Prozentpunkte über dem Produktionswachstum. Das implizierte in beiden Landesteilen einen Beschäftigungsrückgang.

Spiegelbildlich zum Beschäftigungsabbau nahm die Zahl der Arbeitslosen deutlich zu. Im ersten Quartal überstieg die Zahl der registrierten Arbeitslosen um 416.000 Personen den Stand des Vorjahresquartals. Im Mai dieses Jahres waren sogar fast 440.000 Personen mehr arbeitslos gemeldet als im Vorjahresmonat.

Neben dem beträchtlichen Verlust von Arbeitsplätzen auf dem ersten Arbeitsmarkt hatte auch die Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen Einfluß auf die starke Zunahme der registrierten Arbeitslosigkeit. Im Mai 1997 wurden in Westdeutschland etwa 100.000 Personen und in Ostdeutschland ca. 180.000 Personen weniger durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gefördert als im Vorjahresmonat.

Auch im zweiten Halbjahr 1997 läßt der schwache Produktionsanstieg in Deutschland einen weiteren Rückgang der Arbeitsnachfrage erwarten. In Westdeutschland dürften 1997 etwa 250.000 Arbeitsplätze gegenüber dem Vorjahr abgebaut werden, in Ostdeutschland etwa 160.000. Im zweiten Halbjahr 1997 wird in Westdeutschland der Arbeitsplatzabbau zum Stillstand kommen. Auf dem dann erreichten Niveau dürfte sich die Zahl der Erwerbstätigen bis Ende 1998 bewegen. In Ostdeutschland ist auch 1998 mit einem weiteren Beschäftigungsrückgang gegenüber dem Vorjahr um etwa 70.000 Personen zu rechnen.

### ***Beschleunigung des Preisauftriebs nicht in Sicht***

Wie auch im Vorjahr wird der Anstieg des Preisniveaus in diesem und im nächsten Jahr äußerst moderat sein und sich auf historischen Tiefständen bewegen. Weder von der Kosten- noch von der Nachfrageseite ist eine nennenswerte Beschleunigung des Preisauftriebs zu erwarten. Die Rohstoffpreise haben sich nach einem vorübergehenden Anstieg im Winterhalbjahr beruhigt. Dieser stabilisierenden Wirkung auf die Importpreise steht die graduelle, leichte Abwertung der D-Mark gegenüber, so daß von den Importpreisen im Be-

trachtungszeitraum ein geringfügiger Preisniveauschub ausgeht. Diese Entwicklung wird jedoch durch kaum steigende Erzeugerpreise aufgefangen, so daß der Anstieg der Lebenshaltungspreise in diesem und im nächsten Jahr deutlich unter 2 vH bleiben dürfte. Ausschlaggebend für den geringen Anstieg des Preisniveaus ist vor allem die zu erwartende zurückhaltende Entwicklung der Tariflöhne. Die bereits erzielten Abschlüsse deuten auf einen Anstieg von 1,9 vH 1997 und 2,1 vH 1998 hin. Angesichts der hohen jahresdurchschnittlichen Arbeitslosenquote von 11,3 vH in beiden Jahren und der Tatsache, daß es in wirtschaftlich bedeutsamen Branchen keine Engpässe an Arbeitskräften geben wird, ist ein nennenswerter Lohndruck nicht zu erwarten. Der relativ starke Produktivitätsanstieg von 3,9 vH 1997 und 2,9 vH 1998 wird zudem wie im letzten Jahr einen Rückgang der Lohnstückkosten nach sich ziehen, der seinerseits dämpfend auf das Preisniveau wirkt.

Auch von der Nachfrageseite ist kein Impuls für eine Inflationsbeschleunigung zu erwarten. Der private Verbrauch entwickelt sich in diesem Jahr schwach und beschleunigt sich nur leicht im nächsten Jahr. Der Anstieg des Staatsverbrauchs ist trotz der relativ kräftigen Erhöhung im ersten Halbjahr 1997 ebenfalls gering und weist im Prognosezeitraum eine sinkende Tendenz auf. Die Investitionen, die sich 1997 mit einem knappen halben Prozent recht schwach entwickeln, nehmen 1998 zwar stärker zu, sind aber wohl zu gering, um Engpässe zu erzeugen, zumal Investitionen zugleich, wenn auch zeitverzögert, die Produktionskapazitäten erhöhen. Dasselbe gilt für den Außenbeitrag, der die treibende Kraft des Aufschwungs darstellt, eine bedeutsame Erhöhung der Kapazitätsauslastung jedoch ebenfalls nicht ermöglichen wird, so daß die Spielräume der Unternehmen für Preiserhöhungen gering bleiben werden.

Die monetären Indikatoren deuten ebenfalls nicht auf eine Inflationsbeschleunigung hin. Der entscheidende Grund für die kräftige und im Mai wieder anziehende Entwicklung der Geldmenge M3 ist, wie bereits im letzten Jahr, eine schwache Geldkapitalbildung. Die Tatsache, daß es sich bei der Ausweitung von M3 zum Teil um eine längerfristige, aber dennoch zu M3 gehörende Vermögensbildung handelt, zeigt sich darin, daß es in erster Linie die Sondersparformen waren, die stark expandierten. Diese ermöglichen eine relativ hohe Verzinsung bei längerfristiger Haltung, beinhalten jedoch zugleich die Option einer kurzfristigen Aufkündigung. Die im

historischen Vergleich geringe Geldkapitalbildung von gut 4,5 vH im letzten Jahr und 4 vH im Verlauf der letzten sechs Monate bekräftigen die These, daß die Entwicklung der nachfragewirksamen Liquidität durch den Indikator M3 erheblich überzeichnet wird.

Vor diesem Hintergrund ist im Laufe dieses Jahres nicht mit einer Anhebung der Leitzinsen durch die Bundesbank zu rechnen. Entscheidend für die Bundesbankpolitik im Prognosezeitraum sollte und dürfte das Verhalten der Tarifpartner sein. Verfolgen diese eine Politik der Zurückhaltung bei Nominallohnerhöhungen, die einem Beschäftigungszuwachs Vorrang vor Einkommenszuwächsen bereits Beschäftigter einräumt, kann die Bundesbank die Geldmarktzinsen auf dem derzeitigen Niveau belassen, ohne eine nennenswerte Inflationsbeschleunigung zu riskieren. Die Abwertung der D-Mark rechtfertigt keine Leitzinsanhebung. Zuerst ist hier eine Überbewertung der D-Mark zurückgeführt worden. Übertreibungen der Kursentwicklung („spekulative Blasen“) sind zwar auch möglich, aber sie platzen früher oder später auch ohne Zutun der Notenbanken. Die Bundesbank könnte sich mit einer Zinsanhebung vielmehr in einen unangenehmen Handlungszwang bringen. Wenn nämlich eine wechsellkurspolitisch begründete Zinsanhebung nicht sogleich den angestrebten Wechselkurseffekt hätte, käme die Notenbank unter den Druck, weitere Zinsanhebungen folgen lassen zu müssen. Ebenso wenig wäre es gerechtfertigt, wenn sich die Bundesbank gegen Wechselkursänderungen stemmen wollte, die aus einem (gerechtfertigten oder ungerechtfertigten) Mißtrauen gegenüber dem Euro herühren könnten und zu Kapitalverlagerungen in den Dollar führen würden. Deutsche Zinsanhebungen heute können Mißtrauen an den Kapitalmärkten gegenüber einer erst morgen verantwortlichen Europäischen Zentralbank und ihrer Währung schwerlich abbauen. Eine Anbindung der Geldpolitik an das Wechselkursgeschehen wäre unter den gegenwärtigen Umständen nachteilig für die Konjunktur in Deutschland.

### **Öffentliche Finanzen**

Infolge des Sparkurses der öffentlichen Haushalte werden die Staatsausgaben im laufenden Jahr lediglich um 1,8 vH zunehmen, auch 1998 ist mit 2,1 vH ein – im Vergleich zum nominalen BIP – moderater Zuwachs zu erwarten. Entsprechend wird es 1997 gelingen, die Staatsausgabenquote unter

das Niveau von 50 vH zu drücken: Sie dürfte bei 49,5 vH und 1998 bei 48,5 vH liegen.

Diese Entwicklung wird bestimmt durch Kürzungen bei den öffentlichen Investitionen, die im laufenden Jahr voraussichtlich um 3,1 vH sinken werden, sowie Einsparungen bei den Transfers an die privaten Haushalte und Unternehmen, wodurch das in den letzten Jahren dynamische Wachstum der Sozialleistungen und Subventionen gebremst wird. Gleichzeitig fällt der Anstieg der Zinsausgaben 1997 mit knapp 1 vH gering aus, da sich Einspareffekte aufgrund von Umschuldungen bisher höher verzinslicher Schuldtitel ergeben.

Trotz des gebremsten Zuwachses der Staatsausgaben dürfte das Defizit aller öffentlichen Haushalte im laufenden Jahr knapp 120 Mrd. DM und damit 3,3 vH des Bruttoinlandsproduktes betragen.

Ursache hierfür sind vor allem steigende Ausgaben der Bundesanstalt für Arbeit und das hinter den Haushaltsansätzen zurückbleibende Steueraufkommen. Das bereits in der Mai-Sitzung des Arbeitskreises Steuerschätzungen errechnete kassenmäßige Minderaufkommen von 18 Mrd. DM muß nach Auffassung des IWH wegen des BIP-Zuwachses von lediglich 2 vH im laufenden Jahr nochmals um 3,2 Mrd. DM nach oben korrigiert werden.

Bei der Interpretation der hier prognostizierten Defizitquote von 3,3 vH ist jedoch zu berücksichtigen, daß ein Finanzierungsdefizit von 3,0 vH in diesem Jahr eine Zielgröße der Finanzpolitik darstellt und jede Prognose oberhalb dieses Zielwertes zu einer sich selbst widerlegenden Prophezeiung werden kann. Hinzu kommt, daß die Defizitquote schon jetzt in einer nicht unerheblichen Bandbreite von buchungstechnischen Besonderheiten abhängt. Sie würde sich beispielsweise um 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte verringern, wenn – wie in der für 1999 geplanten europäischen Harmonisierung der VGR – kaufmännisch buchende Krankenhäuser dem Unternehmenssektor und nicht dem öffentlichen Sektor zugerechnet würden.

Bedeutsamer ist die Frage, wie eine Finanzpolitik zu beurteilen ist, die auf einen drohenden Anstieg des Finanzierungsdefizits durch hektische Sparanstrengungen, Haushaltsumschichtungen oder Versuche, kurzfristig Finanzierungsquellen zu mobilisieren, reagiert. Da eine auf diese Weise erzielte Verringerung des Finanzierungsdefizits keinerlei strukturelle Probleme des öffentlichen Sektors löst, kann von ihr allenfalls ein psychologischer Effekt ausgehen, der sich daraus ergibt, daß mit einem De-

fizit oberhalb der 3,0 vH – zu Unrecht – ein weniger stabiler Euro assoziiert wird.

Die Hektik in der Finanzpolitik und hierbei vor allem Versuche, die Defizitquote durch die Ausnutzung buchhalterischer Spielräume zu beeinflussen, haben jedoch selbst dieses Argument inzwischen umgekehrt: Die Finanzpolitik wird zunehmend schwer durchschaubar, psychologisch wird durch sie eher das Bild einer Orientierungslosigkeit und einer schwindenden Solidität vermittelt.

Aus diesem Grund erscheint es wenig sinnvoll, auf Risiken für das Finanzierungsdefizit, die von unvorhergesehenen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt ausgehen, mit weiteren Ad-hoc-Maßnahmen zu reagieren. Die Defizitquote würde zudem ihren Sinn als Indikator für die Solidität der Staatsfinanzen im europäischen Vergleich verlieren.

Vom ökonomischen Standpunkt ist es ohnehin unerheblich, ob die Defizitquote temporär oberhalb der 3,0 vH liegt. Entscheidender ist die tendenzielle Entwicklung der öffentlichen Haushalte. Hier zeichnet sich für Deutschland eine Verringerung des Finanzierungsdefizits ab. Zwar läßt das verhaltene Wachstum im Verein mit geplanten Steuerrechtsänderungen gegenüber der Steuerschätzung im Mai dieses Jahres für 1998 ein Minderaufkommen von 8,2 Mrd. DM erwarten. Der Anstieg der Produktion und die moderate Ausgabenentwicklung werden die Defizitquote dennoch voraussichtlich erneut reduzieren.

*Arbeitskreis Konjunktur  
(Hans-Ulrich Brautzsch, Ruth Grunert,  
Ingrid Haschke, Brigitte Loose,  
Christian Schumacher, Michael Seifert,  
Martin Snelting, Silke Tober  
und Udo Ludwig)*

# Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

Vorausschätzung für die Jahre 1997 und 1998

## BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

	1996	1997	1998	1997		1998	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

### 1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-1,2	-1,2	-0,2	-1,4	-0,9	-0,4	0,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-0,2	-0,3	-0,9	-0,4	-0,2	-0,8	-1,0
Arbeitstage	0,1	-0,3	0,7	-1,0	0,3	0,0	1,4
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-1,3	-1,8	-0,4	-2,8	-0,9	-1,3	0,4
Produktivität 1)	2,7	3,9	2,9	4,6	3,2	4,3	1,7
<b>Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991</b>	1,4	2,0	2,5	1,7	2,3	3,0	2,1

### 2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd.DM

Privater Verbrauch	2.039,1	2.083,8	2.158,2	1.014,5	1.069,3	1.052,1	1.106,1
Staatsverbrauch	695,4	711,2	725,2	336,0	375,2	343,0	382,3
Anlageinvestitionen	743,6	745,8	769,1	353,3	392,5	359,6	409,5
Ausrüstungen	269,8	280,0	298,5	129,4	150,6	138,1	160,4
Bauten	473,8	465,7	470,6	223,9	241,9	221,5	249,1
Vorratsveränderung	17,0	48,2	54,8	28,4	19,7	40,2	14,7
Außenbeitrag	45,8	65,6	94,9	27,8	37,8	46,5	48,3
Ausfuhr	859,7	930,6	1.015,0	455,0	475,6	493,5	521,4
Einfuhr	813,9	865,0	920,1	427,2	437,8	447,0	473,1
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3.541,0</b>	<b>3.654,5</b>	<b>3.802,2</b>	<b>1.760,0</b>	<b>1.894,5</b>	<b>1.841,4</b>	<b>1.960,8</b>

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	3,3	2,2	3,6	2,0	2,4	3,7	3,4
Staatsverbrauch	3,0	2,3	2,0	3,7	1,0	2,1	1,9
Anlageinvestitionen	-0,9	0,3	3,1	1,1	-0,4	1,8	4,3
Ausrüstungen	2,7	3,8	6,6	3,2	4,3	6,7	6,5
Bauten	-2,9	-1,7	1,0	-0,1	-3,1	-1,0	3,0
Ausfuhr	5,2	8,2	9,1	9,2	7,3	8,5	9,6
Einfuhr	3,3	6,3	6,4	7,5	5,1	4,6	8,1
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>2,4</b>	<b>3,2</b>	<b>4,0</b>	<b>2,6</b>	<b>3,8</b>	<b>4,6</b>	<b>3,5</b>

### 3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1991

a) Mrd.DM

Privater Verbrauch	1.751,4	1.757,1	1.785,9	857,7	899,4	873,0	912,8
Staatsverbrauch	614,2	625,0	630,6	305,8	319,2	308,2	322,4
Anlageinvestitionen	672,7	675,1	693,5	319,7	355,5	324,2	369,3
Ausrüstungen	262,7	271,5	287,8	125,3	146,1	133,1	154,8
Bauten	410,0	403,7	405,7	194,3	209,4	191,1	214,6
Vorratsveränderung	23,9	46,2	52,8	28,4	17,7	40,2	12,7
Inlandsnachfrage	3.062,2	3.103,4	3.162,8	1.511,5	1.591,9	1.545,6	1.617,2
Außenbeitrag	2,4	22,9	42,6	9,0	13,9	20,5	22,2
Ausfuhr	826,9	884,6	944,4	435,3	449,2	462,0	482,5
Einfuhr	824,5	861,7	901,8	426,4	435,3	441,5	460,3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>3.064,6</b>	<b>3.126,2</b>	<b>3.205,5</b>	<b>1.520,5</b>	<b>1.605,8</b>	<b>1.566,1</b>	<b>1.639,4</b>
nachrichtlich:							
<b>Bruttosozialprodukt</b>	<b>3.034,9</b>	<b>3.089,1</b>	<b>3.164,4</b>	<b>1.506,9</b>	<b>1.582,3</b>	<b>1.549,7</b>	<b>1.614,7</b>

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	1,3	0,3	1,6	0,2	0,5	1,8	1,5
Staatsverbrauch	2,4	1,7	0,9	2,8	0,8	0,8	1,0
Anlageinvestitionen	-0,8	0,4	2,7	1,4	-0,6	1,4	3,9
Ausrüstungen	2,4	3,4	6,0	2,8	3,8	6,2	5,9
Bauten	-2,7	-1,5	0,5	0,6	-3,4	-1,6	2,5
Inlandsnachfrage	0,8	1,3	1,9	1,0	1,7	2,3	1,6
Ausfuhr	4,9	7,0	6,8	8,7	5,3	6,1	7,4
Einfuhr	2,6	4,5	4,7	5,8	3,3	3,5	5,7
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,4</b>	<b>2,0</b>	<b>2,5</b>	<b>1,7</b>	<b>2,3</b>	<b>3,0</b>	<b>2,1</b>
nachrichtlich:							
<b>Bruttosozialprodukt</b>	<b>0,7</b>	<b>1,8</b>	<b>2,4</b>	<b>1,3</b>	<b>2,3</b>	<b>2,8</b>	<b>2,0</b>

**noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Vorausschätzung für die Jahre 1997 und 1998

	1996	1997	1998	1997		1998	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

**4. Preisniveau der Verwendungskomponenten des Inlandsprodukts (1991=100)**

Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	1,9	1,9	1,9	1,8	1,9	1,9	1,9
Staatsverbrauch	0,6	0,5	1,1	0,9	0,2	1,3	0,9
Anlageinvestitionen	-0,2	-0,1	0,4	-0,4	0,2	0,4	0,4
Ausrüstungen	0,3	0,4	0,5	0,4	0,4	0,5	0,5
Bauten	-0,3	-0,2	0,5	-0,7	0,4	0,6	0,5
Ausfuhr	0,3	1,2	2,2	0,5	1,9	2,2	2,1
Einfuhr	0,6	1,7	1,6	1,6	1,8	1,0	2,2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1,0</b>	<b>1,2</b>	<b>1,5</b>	<b>0,9</b>	<b>1,5</b>	<b>1,6</b>	<b>1,4</b>

**5. Einkommensentstehung und -verteilung**

a) Mrd.DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1.895,2	1.918,2	1.938,8	899,7	1.018,4	906,9	1.031,9
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1.524,0	1.532,3	1.548,7	718,6	813,7	724,0	824,7
Nettolohn- und -gehaltsumme	995,0	985,7	997,4	465,6	520,1	469,3	528,2
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	771,4	829,5	926,2	420,3	409,1	478,8	447,4
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	691,9	753,4	838,6	380,8	372,6	433,2	405,5
Entnahmen 2)3)	655,2	693,5	755,7	346,2	347,3	378,8	376,9
Nichtentnommene Gewinne	36,7	59,9	82,9	34,6	25,2	54,3	28,6
Volkseinkommen	2.666,6	2.747,6	2.865,0	1.320,1	1.427,6	1.385,7	1.479,3
Abschreibungen	464,8	476,6	490,7	237,0	239,6	243,6	247,1
Indirekte Steuern ./ Subventionen	375,4	387,5	399,2	187,3	200,2	193,1	206,1
<b>Bruttosozialprodukt</b>	<b>3.506,8</b>	<b>3.611,8</b>	<b>3.754,9</b>	<b>1.744,3</b>	<b>1.867,5</b>	<b>1.822,5</b>	<b>1.932,4</b>

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1,0	1,2	1,1	1,0	1,4	0,8	1,3
Bruttolohn- und -gehaltsumme	0,7	0,5	1,1	0,2	0,8	0,7	1,4
Nettolohn- und -gehaltsumme	2,2	-0,9	1,2	-1,3	-0,6	0,8	1,6
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	2,1	2,0	1,4	1,9	2,0	1,3	1,4
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	3,7	0,5	1,5	0,4	0,5	1,4	1,6
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	3,6	7,5	11,7	4,6	10,7	13,9	9,3
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	4,3	8,9	11,3	5,9	12,1	13,7	8,8
Entnahmen 2)3)	6,6	5,9	9,0	3,7	8,1	9,4	8,5
Volkseinkommen	1,8	3,0	4,3	2,1	3,9	5,0	3,6
Abschreibungen	2,6	2,6	3,0	2,4	2,7	2,8	3,1
Indirekte Steuern ./ Subventionen	1,0	3,2	3,0	2,1	4,3	3,1	2,9
<b>Bruttosozialprodukt</b>	<b>1,8</b>	<b>3,0</b>	<b>4,0</b>	<b>2,1</b>	<b>3,8</b>	<b>4,5</b>	<b>3,5</b>

**6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte**

a) Mrd.DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	995,0	985,7	997,4	465,6	520,1	469,3	528,2
Übertragene Einkommen 4)	629,6	639,5	651,4	319,3	320,2	325,7	325,7
Entnahmen 2)	788,5	830,4	895,2	412,4	417,9	447,2	448,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	40,9	41,5	42,3	21,0	20,5	21,3	21,0
Geleistete Übertragungen 5)	65,6	64,9	65,8	32,7	32,2	33,5	32,4
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>2.306,6</b>	<b>2.349,1</b>	<b>2.436,0</b>	<b>1.143,6</b>	<b>1.205,5</b>	<b>1.187,5</b>	<b>1.248,5</b>
Privater Verbrauch	2.039,1	2.083,8	2.158,2	1.014,5	1.069,3	1.052,1	1.106,1
Ersparnis	267,4	265,3	277,8	129,0	136,3	135,4	142,4
Sparquote 6)	11,6	11,3	11,4	11,3	11,3	11,4	11,4

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Nettolohn- und -gehaltsumme	2,2	-0,9	1,2	-1,3	-0,6	0,8	1,6
Übertragene Einkommen 4)	1,5	1,6	1,9	1,5	1,6	2,0	1,7
Entnahmen 2)	6,3	5,3	7,8	4,1	6,6	8,4	7,2
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>3,3</b>	<b>1,8</b>	<b>3,7</b>	<b>1,4</b>	<b>2,3</b>	<b>3,8</b>	<b>3,6</b>
Privater Verbrauch	3,3	2,2	3,6	2,0	2,4	3,7	3,4
Ersparnis	3,4	-0,8	4,7	-2,7	1,1	4,9	4,5

**noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Vorausschätzung für die Jahre 1997 und 1998

	1996	1997	1998	1997		1998	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

**7. Einnahmen und Ausgaben des Staates 7)**

a) Mrd.DM

<b>Einnahmen</b>							
Steuern	821,1	832,3	860,4	390,9	441,4	405,0	455,4
Sozialbeiträge	701,1	732,9	742,0	348,2	384,7	352,6	389,4
Erwerbseinkünfte	38,2	36,4	38,4	20,8	15,6	21,5	16,9
Sonstige Übertragungen	40,9	42,0	43,7	17,8	24,2	18,4	25,3
Vermögensübertragungen, Abschreibungen	42,5	45,6	46,9	22,1	23,5	22,7	24,2
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>1.643,7</b>	<b>1.689,3</b>	<b>1.731,3</b>	<b>799,9</b>	<b>889,4</b>	<b>820,2</b>	<b>911,1</b>
<b>Ausgaben</b>							
Staatsverbrauch	695,4	711,2	725,2	336,0	375,2	343,0	382,3
Zinsen	130,6	131,8	135,6	66,1	65,7	68,6	67,0
Laufende Übertragungen an	825,2	840,2	859,2	415,1	425,1	425,1	434,1
Private Haushalte	686,7	702,2	718,6	351,4	350,8	360,2	358,4
Unternehmen	79,2	76,8	77,9	31,5	45,3	32,0	45,9
Übrige Welt	59,3	61,2	62,7	32,2	29,1	33,0	29,7
Vermögensübertragungen	45,2	46,9	48,8	16,4	30,5	17,3	31,5
Bruttoinvestitionen	81,3	78,8	78,2	34,2	44,6	33,1	45,1
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>1.777,7</b>	<b>1.808,9</b>	<b>1.847,0</b>	<b>867,8</b>	<b>941,1</b>	<b>887,1</b>	<b>959,9</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-134,0</b>	<b>-119,6</b>	<b>-115,7</b>	<b>-67,9</b>	<b>-51,7</b>	<b>-66,9</b>	<b>-48,8</b>

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

<b>Einnahmen</b>							
Steuern	-2,1	1,4	3,4	0,2	2,4	3,6	3,2
Sozialbeiträge	4,7	4,5	1,2	4,6	4,5	1,3	1,2
Erwerbseinkünfte	-8,3	-4,5	5,4	-6,5	-1,8	3,2	8,3
Sonstige Übertragungen	2,5	2,8	4,0	3,2	2,4	3,2	4,5
Vermögensübertragungen 8), Abschreibungen	9,6	7,3	2,9	4,9	9,6	2,5	3,2
<b>Einnahmen insgesamt 8)</b>	<b>0,9</b>	<b>2,8</b>	<b>2,5</b>	<b>2,1</b>	<b>3,4</b>	<b>2,5</b>	<b>2,4</b>
<b>Ausgaben</b>							
Staatsverbrauch	3,0	2,3	2,0	3,7	1,0	2,1	1,9
Zinsen	0,7	0,9	2,9	3,2	-1,2	3,8	1,9
Laufende Übertragungen an	2,2	1,8	2,3	1,6	2,0	2,4	2,1
Private Haushalte	2,5	2,3	2,3	2,4	2,1	2,5	2,2
Unternehmen	1,1	-3,1	1,4	-4,5	-2,0	1,4	1,4
Übrige Welt	-0,3	3,3	2,4	-1,0	8,4	2,5	2,2
Vermögensübertragungen 9)	-13,0	3,7	4,1	6,6	2,3	5,7	3,2
Bruttoinvestitionen	-6,2	-3,1	-0,7	-2,0	-4,0	-3,3	1,2
<b>Ausgaben insgesamt 9)</b>	<b>1,5</b>	<b>1,8</b>	<b>2,1</b>	<b>2,5</b>	<b>1,1</b>	<b>2,2</b>	<b>2,0</b>

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde.

2) Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen

3) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und auf öffentliche Schulden.

4) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträge zur Sozialversicherung), Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck sowie internationale private Übertragungen.

5) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich Schadenversicherungsleistungen sowie internationale private Übertragungen.

6) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens.

7) Gebietskörperschaften ( einschließlich Bundeseisenbahnvermögen und Erblastentilgungsfonds) sowie Sozialversicherung

8) Ohne Einnahmen von 5,6 Mrd. DM aus der Übernahme der Deutschen Kreditbank (1995)

9) Ohne auf den Erblastentilgungsfonds übertragene Schulden der Treuhandanstalt von 204,6 Mrd. DM und der ostdeutschen Wohnungswirtschaft von 30,0 Mrd. DM (1995)

Quellen: Statistisches Bundesamt ( vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), Berechnungen des IWH; 1997 und 1998 Prognose.

## Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung getrennt für West- und Ostdeutschland

Vorausschätzung für die Jahre 1997 und 1998

	1996	1997	1998	1997		1998	
				1.Hj	2.Hj	1.Hj	2.Hj

### 1. Entstehung des Inlandsprodukts

Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

#### DEUTSCHLAND

Zahl der Erwerbstätigen	-1,2	-1,2	-0,2	-1,4	-0,9	-0,4	0,0
Arbeitszeit (arbeitsmäßig)	-0,2	-0,3	-0,9	-0,4	-0,2	-0,8	-1,0
Arbeitstage	0,1	-0,3	0,7	-1,0	0,3	0,0	1,4
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-1,3	-1,8	-0,4	-2,8	-0,9	-1,3	0,4
Produktivität 1)	2,7	3,9	2,9	4,6	3,2	4,3	1,7
<b>Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991</b>	1,4	2,0	2,5	1,7	2,3	3,0	2,1

#### WESTDEUTSCHLAND

Zahl der Erwerbstätigen	-1,0	-0,9	0,0	-1,2	-0,6	0,0	0,1
Arbeitszeit (arbeitsmäßig)	-0,3	-0,3	-0,9	-0,5	-0,2	-0,8	-1,0
Arbeitstage	0,1	-0,3	0,7	-1,0	0,4	0,0	1,3
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-1,2	-1,5	-0,2	-2,6	-0,5	-0,8	0,4
Produktivität 1)	2,5	3,6	2,7	4,4	2,8	4,0	1,5
<b>Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991</b>	1,3	2,0	2,5	1,6	2,3	3,1	1,9

#### OSTDEUTSCHLAND

Zahl der Erwerbstätigen	-1,7	-2,5	-1,2	-2,4	-2,5	-2,1	-0,4
Arbeitszeit (arbeitsmäßig)	-0,1	-0,1	-0,9	-0,1	0,0	-1,0	-0,9
Arbeitstage	0,1	-0,4	0,9	-0,9	0,1	0,0	1,7
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-1,7	-2,9	-1,3	-3,4	-2,5	-3,0	0,4
Produktivität 1)	3,7	5,4	4,1	6,3	4,6	5,1	3,2
<b>Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991</b>	2,0	2,4	2,8	2,8	2,0	1,9	3,6

### 2. Lohnstückkosten (Inlandskonzept) 2)

a) Mrd.DM

#### DEUTSCHLAND

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1.897,1	1.920,0	1.940,8	900,3	1.019,7	907,5	1.033,3
Bruttolohn- und gehaltsumme	1.525,3	1.533,6	1.550,1	718,9	814,7	724,4	825,7
<b>Lohnstückkosten (1991 = 100)</b>	109,9	109,0	107,4	111,9	106,4	109,5	105,7

#### WESTDEUTSCHLAND

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1.622,7	1.642,4	1.662,1	770,5	871,9	778,4	883,7
Bruttolohn- und gehaltsumme	1.297,5	1.304,3	1.320,2	611,3	693,0	617,6	702,6
<b>Lohnstückkosten (1991 = 100)</b>	108,1	107,3	105,9	109,6	105,2	107,4	104,6

#### OSTDEUTSCHLAND

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	274,3	277,5	278,7	129,8	147,7	129,2	149,5
Bruttolohn- und gehaltsumme	227,9	229,3	229,9	107,6	121,7	106,8	123,1
<b>Lohnstückkosten (1991 = 100)</b>	111,3	110,1	107,5	117,0	104,6	114,3	102,2

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

#### DEUTSCHLAND

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1,1	1,2	1,1	1,0	1,4	0,8	1,3
Bruttolohn- und gehaltsumme	0,7	0,5	1,1	0,2	0,8	0,8	1,4
<b>Lohnstückkosten</b>	-0,3	-0,8	-1,4	-0,8	-0,8	-2,1	-0,7

#### WESTDEUTSCHLAND

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	0,9	1,2	1,2	0,9	1,5	1,0	1,3
Bruttolohn- und gehaltsumme	0,6	0,5	1,2	0,2	0,8	1,0	1,4
<b>Lohnstückkosten</b>	-0,4	-0,7	-1,3	-0,7	-0,8	-2,0	-0,6

#### OSTDEUTSCHLAND

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	2,0	1,2	0,4	1,2	1,2	-0,5	1,2
Bruttolohn- und gehaltsumme	1,3	0,6	0,3	0,6	0,6	-0,8	1,2
<b>Lohnstückkosten</b>	0,0	-1,1	-2,3	-1,5	-0,8	-2,3	-2,3

1) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991 je Erwerbstätigenstunde.

2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (Inland) im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1991

Quellen: Statistisches Bundesamt ( vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), Berechnungen des IWH; 1997 und 1998 Prognose.

## Ostdeutschland 1997/98:

### Fortsetzung der gespaltenen Konjunktur

*In Ostdeutschland hat sich das Wachstum des Bruttoinlandsprodukts nach der Stagnation zu Jahresbeginn im zweiten Vierteljahr saisonbereinigt wieder leicht beschleunigt. Der entscheidende Anstoß kam aus der Industrie, für die sich im ersten Halbjahr die Geschäfts- und die Auftragslage deutlich verbessert haben. Der Dienstleistungssektor hat die Aufwärtsentwicklung gestützt. Im Baugewerbe hat sich dagegen der Abwärtstrend fortgesetzt, obwohl es im ersten Vierteljahr gegenüber dem witterungsbedingt extrem niedrigen Vorjahresstand vorübergehend noch einmal zu einem leichten Anstieg gekommen war.*

*Im weiteren Verlauf dieses Jahres wird sich das Wachstum der industriellen Wertschöpfung angesichts der günstigen Auftragsentwicklung aus dem In- und Ausland fortsetzen, während im Baugewerbe mit einem weiteren Rückgang der Produktion zu rechnen ist. Darauf weisen sowohl die Umfragen unter Bauunternehmen zu ihren Geschäftsaussichten hin als auch die erwarteten Nachfrageeinschnitte im anfangs noch lebhaften Wohnungsbau. Nach dem Wirtschaftsbau und dem öffentlichen Bau ist nun auch der Neubau von Mietwohnungen rückläufig, für den seit Jahresbeginn niedrigere Fördersätze gelten.*

*Diese gespaltene Entwicklung von Industrie und Baugewerbe dürfte bis in das Jahr 1998 hineinreichen. Die ostdeutsche Industrieproduktion wird – gestützt auf die entstandenen modernen Produktionskapazitäten – im Sog der konjunkturellen Belebung auf den Innen- und Außenmärkten expandieren. Dieser Nachfrageeffekt wird im Verbund mit der moderaten Lohnentwicklung dazu beitragen, die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Industrie zu verbessern. Die industrielle Arbeitsproduktivität dürfte im Vergleich zu den Lohnkosten nunmehr in Ostdeutschland wieder stärker als in Westdeutschland steigen. Dem Anstieg der Industrieproduktion folgend, werden auch die industrienahen Zweige des Dienstleistungssektors zulegen. Das Baugewerbe wird zunächst noch unter dem Druck der Anpassung seiner Kapazitäten an die rückläufige Nachfrage stehen. Ist die Talfahrt im späteren Verlauf von 1998 beendet, kann der dämpfende Einfluß des Baugewerbes auf den gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg in Ostdeutschland auslaufen.*

*Vor allem infolge des Bauabschwungs und des Abbaus von Personalüberhängen im Staatssektor ist der Arbeitsmarkt zusätzlichen Belastungen ausgesetzt. Die Schaffung neuer Arbeitsplätze in den expandierenden Industrie- und Dienstleistungszweigen dürfte nicht ausreichen, alle freigesetzten Beschäftigten aufzunehmen. Deshalb ist in diesem und im nächsten Jahr per saldo mit einem weiteren Rückgang der Beschäftigung und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit zu rechnen, die zudem Zugänge aus der Rückführung arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen zu verzeichnen haben wird.*

#### **Wandel in den Auftriebskräften**

Nach hohen Zuwachsraten Anfang der neunziger Jahre hat sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion in Ostdeutschland seit 1995 deutlich verringert. Im Jahr 1996 stieg das Bruttoinlandsprodukt nur noch um 2 vH gegenüber dem Vorjahr. Die Abschwächung zog sich durch alle Wirtschaftsbereiche, sie traf aber das Baugewerbe besonders. Erstmalig kam es hier infolge einer sinkenden Baunachfrage zu einem Rückgang der Wertschöpfung. Das Baugewerbe hat damit seine Rolle als Lokomotive für den gesamtwirtschaftlichen Aufschwung verloren. Die Industrie und die Dienstleistungsunternehmen expandierten zwar 1996 weiterhin kräftig, kompensierten jedoch nicht die auf das Baugewerbe zurückzuführende Wachstumslücke.

Mit 2,8 vH blieb der Produktionszuwachs im ersten Vierteljahr 1997 gegenüber dem gleichen Zeitraum des Vorjahres schwach. Saison- und arbeitstäglich bereinigt bedeutete dies sogar eine Stagnation der Produktion gegenüber dem vierten Quartal 1996.

#### **Verarbeitendes Gewerbe – weiter kräftiger Zuwachs im Sog der konjunkturellen Belebung**

Nach einem schwachen Beginn ist die Industrieproduktion im Frühjahr 1997 kräftig angestiegen. Die Fertigung erhöhte sich bis Mai saisonbereinigt gegenüber den fünf Monaten davor um 3 vH, was einem Plus von 9 vH im Vorjahresvergleich entspricht. Daran waren alle Industriebereiche beteiligt, besonders die Hersteller von Vorleistungsgütern sowie von Investitionsgütern. Nicht ganz so stark war im ersten Vierteljahr mit 7 vH der Anstieg der industriellen Wertschöpfung.

Tabelle 1:  
 Sektorale Bruttowertschöpfung in Ostdeutschland  
 - Veränderung gegenüber dem Vorjahr in vH, Preise 1991 -

	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-3,6	11,3	-15,1	11,5	9,9	8,2	3,0
Produzierendes Gewerbe	8,6	10,9	14,9	5,7	1,8	1,7	2,9
darunter							
Verarbeitendes Gewerbe	5,2	11,7	15,5	6,7	6,1	7,4	7,3
Baugewerbe	30,4	12,8	24,5	8,4	-2,0	-4,5	-2,1
Handel und Verkehr	4,5	12,1	7,3	4,2	2,3	1,2	1,4
Handel	9,9	8,7	3,9	3,1	1,9	0,3	0,8
Verkehr	-5,2	19,1	13,9	6,1	3,0	2,6	2,4
Dienstleistungsunternehmen	19,1	6,5	8,6	7,5	5,7	5,8	6,0
darunter							
Sonstige Dienstleistungen	25,5	7,4	11,0	7,7	4,7	5,0	5,3
Staat, private Organisationen ohne Erwerbszweck	-0,6	3,1	3,6	2,8	-0,3	0,2	-0,2
Bruttowertschöpfung, unbereinigt	7,6	8,2	9,0	5,5	2,6	2,5	2,9
Bruttoinlandsprodukt	7,8	8,9	9,9	5,3	2,0	2,4	2,8

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

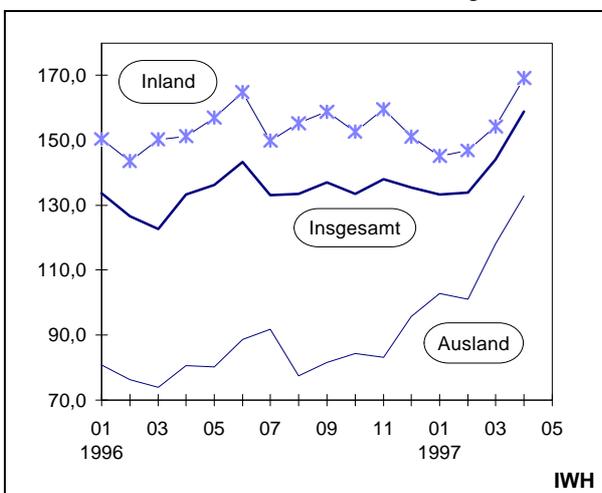
Die amtlichen Angaben zur Entwicklung der Auftragseingänge, die allerdings das für die ostdeutsche Industrie anteilmäßig bedeutsame Ernährungsgewerbe und die Tabakindustrie nicht einbeziehen, sprechen für eine Fortsetzung des Produktionsanstiegs in diesem Jahr. Nach einem eher flachen Verlauf 1996 wurde saisonbereinigt Anfang 1997 ein Wendepunkt erreicht. Seit Februar steigen

die Auftragseingänge für das Verarbeitende Gewerbe wieder, aus dem Ausland etwas kräftiger als aus dem Inland. Dabei fällt der Zuwachs der Bestellungen bei den Herstellern von Vorleistungs- und von Gebrauchsgütern überdurchschnittlich hoch aus.

Die Auslandsorder haben vor allem bei Investitionsgüterherstellern zugenommen. Insgesamt sind die Bestellungen aus der übrigen Welt beim ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe in diesem Jahr bis Mai saisonbereinigt um fast zwei Fünftel und damit zehn mal so schnell wie in Westdeutschland gegenüber den vorangegangenen fünf Monaten gestiegen. Das zeugt von der Teilhabe ostdeutscher Industrieunternehmen am gesamtdeutschen Exportboom.

Ein anhaltend kräftiges Produktionswachstum zeichnet sich im weiteren Verlauf des Jahres auch laut Industrie-Umfragen des IWH ab. Die Angaben der Unternehmen zu ihrer Geschäfts- und Auftragslage sind nach einer Abschwächung im vergangenen Jahr wieder deutlich optimistischer. Im Mai stieg der Saldo aus positiven und negativen Meldungen auf seinen bisher höchsten Stand. Mehr als sieben von zehn Unternehmen beurteilen inzwischen ihre Geschäftslage als günstig, darunter mehr als ein Fünftel sogar als eindeutig gut. Die Aufhellung der Lagebeurteilung zieht sich durch alle Hauptgruppen der Industrie. Auch die Hersteller von Vorleistungsgütern, die unter dem Druck der

Abbildung 1:  
 Auftragseingänge im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe<sup>a</sup>  
 - Volumenindex: 1991=100; saisonbereinigte Werte -



<sup>a</sup> Ohne Ernährungsgewerbe und Tabakverarbeitung.

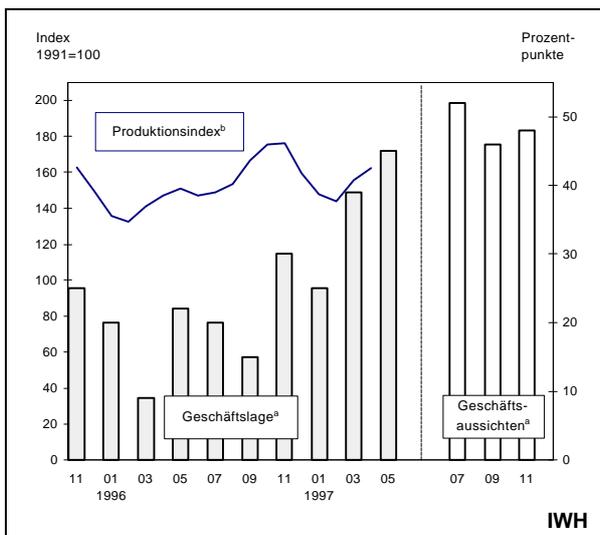
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

abschwingenden Baukonjunktur stehen, melden inzwischen wieder Verbesserungen. Eine ähnliche Tendenz wie die Geschäftslage zeigt die Einschätzung der Auftragslage. Rund drei von zehn Unternehmen sehen sie als verbessert, nur jedes zehnte Unternehmen als verschlechtert an.

Die Meldungen zu den Geschäftsaussichten im nächsten halben Jahr, in denen die künftige Geschäftslage vorabgeschätzt wird und die den Zeitraum bis zum Jahresende abdecken, lassen auf die Fortsetzung der Aufwärtsentwicklung schließen. Hier gehen sogar drei von vier Unternehmen von eher günstigen Entwicklungen aus.

Im kommenden Jahr wird sich das kräftige Wachstum der ostdeutschen Industrie im Sog der konjunkturellen Belebung in Westdeutschland und in Westeuropa fortsetzen. Beitragen wird dazu auch die Besserung der Wettbewerbsposition der Industrie nach der von einer steigenden Arbeitsproduktivität getragenen Produktionszunahme in diesem Jahr.

Abbildung 2:  
Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Verarbeitenden Gewerbe



<sup>a</sup> Differenz aus den Prozentanteilen der optimistischen und pessimistischen Urteile der befragten Unternehmen. – <sup>b</sup> Gleitender Drei-Monatsdurchschnitt der Produktionsindizes.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

### Ostdeutsches Baugewerbe erreicht erst 1998 die Talsohle

Die Bruttowertschöpfung des ostdeutschen Baugewerbes lag 1996 erstmalig seit der Vereinigung unter dem Niveau vom Vorjahr. Für das erste Quartal 1997 ergibt sich zwar im Vorjahresvergleich eine Erhöhung der Bauproduktion. Dieser Tatbestand ist aber vor allem auf das niedrige Pro-

duktionsniveau vor Jahresfrist infolge des strengen Winters zurückzuführen. Baunachfrage und Bauproduktion bleiben in Ostdeutschland abwärts gerichtet. Darauf deuten die stark rückläufigen Auftragseingänge des Bauhauptgewerbes von Januar bis März dieses Jahres hin. Das Tempo der Rückbildung dürfte sich im Laufe des Jahres sogar weiter beschleunigen.

Im ersten Vierteljahr 1997 lagen die Auftragseingänge des Bauhauptgewerbes um real 9,6 vH unter dem bereits sehr niedrigen Niveau des Vorjahreszeitraumes. Geprägt war dieser Rückgang vor allem durch ein Nachlassen der Nachfrage im gewerblichen und öffentlichen Hochbau (Rückgang um nominal 29 vH bzw. 22 vH) sowie im Straßenbau und sonstigen öffentlichen Tiefbau (Rückgang um nominal 15 vH bzw. 17 vH). Maßgeblich dafür ist, daß der Bauboom in den zurückliegenden Jahren die bedeutensten Defizite im infrastrukturellen und gewerblichen Bereich beseitigt hat und in Teilsegmenten sogar Angebotsüberhänge bestehen (so im Handel, bei Gewerbeparks und Büroimmobilien). Zudem waren die Impulse für den Wirtschaftsbau aus der gesamtwirtschaftlichen Expansion der neuen Bundesländer nur noch sehr schwach. Der öffentliche Bau ging unter dem Haushaltszwängen der öffentlichen Hand weiter zurück.

Der Wohnungsbau weist saisonbereinigt erstmalig seit der Vereinigung eine Abwärtstendenz auf. Ausschlaggebend ist, daß der Mietwohnungsneubau mit der Verringerung der steuerlichen Anreize deutlich zurückgeht. Wegen der „Gestaltungsmöglichkeiten“ zur Konservierung der Sonderabschreibungen in das laufende Jahr hinein vollzieht sich der Rückgang aber nicht abrupt und dürfte in vollem Umfang erst im dritten und vierten Quartal dieses Jahres sichtbar werden. Darüber hinaus dürften Vermietungsprobleme – besonders bei teureren Wohnungen sowie Wohnungen in schlechten Lagen – diese rückläufige Tendenz verstärkt haben.

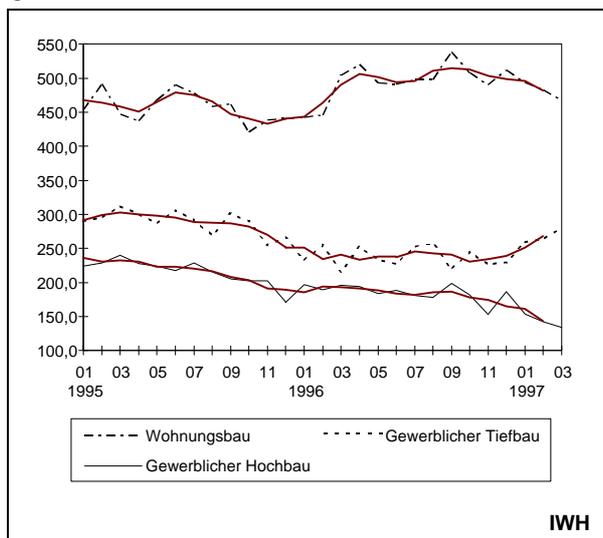
Im gewerblichen Tiefbau kommt dagegen die Abwärtsbewegung aufgrund der Auftragseingänge von Bahn und Post kurzfristig zum Stillstand. Stabil dürfte sich bisher auch das Ausbaugewerbe entwickelt haben. Die amtliche Statistik weist für das erste Quartal 1997 einen um 13 vH höheren Umsatz als im entsprechenden Vorjahreszeitraum aus.<sup>5</sup>

<sup>5</sup> Hier ist zu berücksichtigen, daß die Umsatzsteigerung 1997 auch auf eine Berichtsreiserweiterung zurückzuführen ist. Der ab 1. Januar 1997 festgelegte Berichtskreis ist um 18 vH der Betriebe aufgestockt worden, die im Zuge der Handwerkszählung 1995 neu erfaßt wurden.

Orientierungspunkte über den Fortgang der Baukonjunktur in den verbleibenden Monaten des laufenden Jahres liefern die Bauumfragen des IWH. Die Einschätzungen zur Geschäftslage signalisieren bis zum Sommer eine saisonübliche, aber äußerst flache Aufwärtsbewegung. Während dabei die Geschäfte im Ausbaubereich wegen der anhaltend hohen Nachfrage nach Modernisierungs- und Sanierungsleistungen weiter kräftig zunehmen, verbessert sich die Lage im Hochbaubereich nur noch geringfügig, und für den Tiefbaubereich ergibt sich sogar eine merkliche Verschlechterung. Insgesamt melden mehr als die Hälfte aller Bauunternehmen einen schlechten oder eher schlechten Geschäftsverlauf.

Abbildung 3:  
Auftragseingänge im ostdeutschen Wirtschafts- und Wohnungsbau

- Wertindex: 1991=100; saisonbereinigte Werte und gleitende Drei-Monatsdurchschnitte -



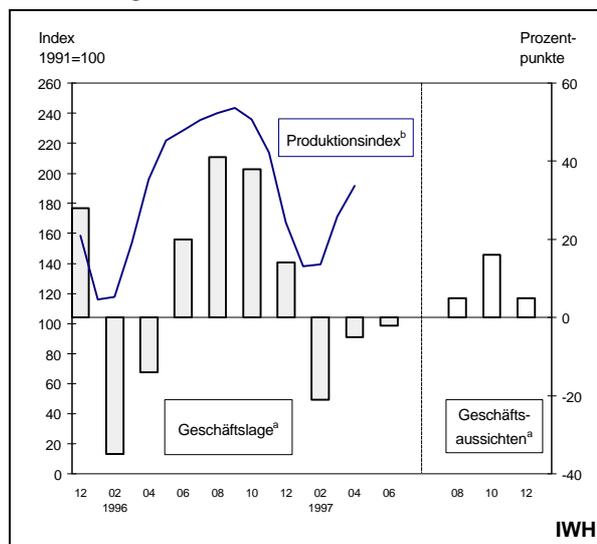
Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Die Geschäftsaussichten für die kommenden Monate, in denen sich tendenziell die künftige Geschäftslage widerspiegelt, lassen auf eine Fortsetzung des Rückgangs bis zum Jahresende schließen. Die Aussichten flauen in allen Sparten des Baugewerbes im Vergleich zum Vorjahr ab. Der Tiefbau fällt mit drei Fünfteln pessimistischer Stimmen besonders deutlich von den anderen Bereichen ab. Hier werden sich vor allem die Sparmaßnahmen der öffentlichen Haushalte auswirken. Auch für den Hoch- und Ausbau, die besonders stark vom Nachlassen des Geschoßwohnungsbaus betroffen sind, deutet sich mit Saldorückgängen zwischen 20 und 30 Punkten gegenüber vorangegangenen Befragun-

gen eine nicht unbedeutende Leistungsminderung an. In diesen Bereichen überwiegen aber weiterhin die Optimisten gegenüber den Pessimisten, da von Seiten des Eigenheimbaus sowie der Modernisierung und Sanierung auch künftig positive Impulse ausgehen.

Die Talsohle dürfte die ostdeutsche Bauproduktion Anfang 1998 erreichen. Im Jahresverlauf 1998 wird es bei anhaltender Belebung der ostdeutschen Wirtschaft zu einer Stabilisierung bzw. leichten Erholung der gewerblichen Bauinvestitionen kommen. Darüber hinaus werden der Übergang zum Vergleichsmietensystem, eine zunehmende Nachfrage nach Wohneigentum bzw. höherem Wohnkomfort, die günstige Wohneigentumsförderung für private Haushalte, eine umfangreiche Baulandbereitstellung und eine erfolgreiche Umsetzung von Kostensenkungsmaßnahmen die Baukonjunktur wieder etwas beleben. Im Jahresdurchschnitt 1998 bedeutet dies jedoch immer noch eine Abnahme der Wertschöpfung im ostdeutschen Baugewerbe.

Abbildung 4:  
Geschäftslage und Geschäftsaussichten im ostdeutschen Baugewerbe



<sup>a</sup> Differenz aus den Prozentanteilen der optimistischen und pessimistischen Urteile der befragten Unternehmen. – <sup>b</sup> Gleitender Drei-Monatsdurchschnitt der Produktionsindizes des Bauhauptgewerbes.

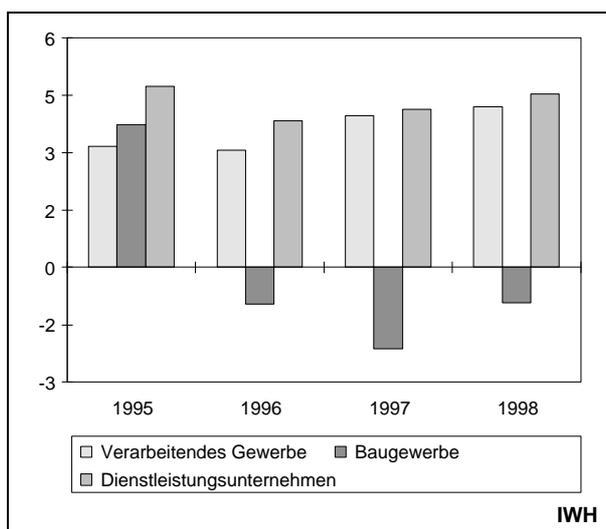
Quelle: Statistisches Bundesamt; Umfragen und Berechnungen des IWH.

### **Gesamtwirtschaftlicher Produktionsanstieg wieder höher**

Die erwartete differenzierte Entwicklung der Produktion in der Industrie und im Baugewerbe wird den Wandel in den Auftriebskräften der ostdeutschen Wirtschaft verstärken. Die Industrie wird ihren Beitrag zum Wachstum des Bruttoinlandspro-

dukts erhöhen, das Baugewerbe den Anstieg dämpfen. Der Zunahme der Industrieproduktion werden die industrienahen Dienstleistungen folgen. Der Dienstleistungssektor insgesamt wird seinen Wachstumsbeitrag wieder erhöhen.

Abbildung 5:  
Beiträge ausgewählter Wirtschaftsbereiche zum Zuwachs der Wertschöpfung in Ostdeutschland - in Mrd. DM -



Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognose des IWH.

Der Rückgang der Bautätigkeit wird durch die Beschleunigung des Wachstums der Industrie- und der Dienstleistungsproduktion aufgewogen. Diese beiden Bereiche dürften kräftig genug expandieren, um den Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion 1997 und 1998 mit 2,4 bzw. 2,8 vH gegenüber dem jeweiligen Vorjahr wieder leicht zu erhöhen.

### **Beschäftigungsabbau setzt sich fort**

Die Wachstumsschwäche der gesamtwirtschaftlichen Produktion im ersten Quartal 1997 zog eine Abnahme der Erwerbstätigkeit gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 161.000 Personen nach sich; saisonbereinigt entsprach dies einem Rückgang der Beschäftigung um 65.000 Personen gegenüber dem Vorquartal.

Vom Beschäftigungsabbau waren im ersten Quartal dieses Jahres alle Bereiche betroffen. Im Produzierenden Gewerbe nahm die Erwerbstätigkeit saisonbereinigt um 44.000 Personen gegenüber dem Vorquartal ab. Besonders gravierend war der Beschäftigungsabbau im Bauhauptgewerbe, der zudem von der mangelnden Inanspruchnahme der neuen Schlechtwettergeldregelung durch die Unternehmen überzeichnet wurde. Das Baugewerbe scheidet

zunehmend als einer der Wirtschaftsbereiche aus, der in der Vergangenheit durch Neueinstellungen den Beschäftigungsabbau in anderen Wirtschaftszweigen teilweise kompensiert hat. Im Handel und Verkehrsgewerbe ging die Erwerbstätigkeit saisonbereinigt gegenüber dem Vorquartal um 7.000 und beim Staat um 10.000 Personen zurück. Selbst bei den Dienstleistungsunternehmen gab es erstmalig seit 1991 keinen weiteren Aufbau des Personalbestandes; vielmehr ging auch in diesem Bereich die Beschäftigung saisonbereinigt um 1.000 Personen zurück. Hier scheinen sich die Möglichkeiten, den Personalbestand in nennenswertem Umfang aufzustocken, zunächst erschöpft zu haben.

Auch im zweiten Halbjahr 1997 und im ersten Halbjahr 1998 wird dieses Muster bestehen bleiben. Im Jahresdurchschnitt 1997 ist mit einem Rückgang der Erwerbstätigkeit um 154.000 Personen zu rechnen. Auch 1998 werden nochmals etwa 75.000 Arbeitsplätze verloren gehen. Erst im zweiten Halbjahr 1998, wenn das Produktionswachstum wieder an Fahrt gewinnt, dürfte der Beschäftigungsabbau in Ostdeutschland zum Stillstand kommen.

Laut Arbeitgeberbefragung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung ist für 1997 sogar mit einem Rückgang der Beschäftigung um 186.000 Personen gegenüber dem Vorjahr zu rechnen, der sich per saldo aus 354.000 Arbeitsplatzverlusten in Betrieben mit fallender Beschäftigtenzahl und 168.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen in Betrieben mit steigendem Personalbestand ergibt.<sup>6</sup> Die deutlichsten Beschäftigungsverluste werden in den Sektoren Land- und Forstwirtschaft (-11 vH), Bergbau/Energie/Wasser (-10 vH), Baugewerbe (-5 vH), Staat (-5 vH) sowie Verkehr/Nachrichtenübermittlung (-5 vH) erwartet. Nur bei den sonstigen Dienstleistungen (z.B. Rechtsberatung) ist ein Nettozuwachs des Personalbestandes vorgesehen.

Der anhaltende Beschäftigungsabbau ist durch mehrere Faktoren bedingt. Eine Ursache besteht darin, daß die Produktivitätslücke gegenüber Westdeutschland ungleich größer ist als der Lohnabstand. Damit fällt die Kostenbelastung der Produktion im Osten deutlich höher aus. 1996 betrug die Produktivität erst 57 vH des Niveaus in den alten Bundesländern, die Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je abhängig Beschäftigten hingegen bereits 74 vH. Diese hohe Lohnkostenbelastung

<sup>6</sup> Vgl. SCHÄFER, R.; WAHSE, J.: Trotz wirtschaftlicher Konsolidierung vieler Betriebe - weiterer Personalabbau in Ostdeutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/1997, S. 73.

Tabelle 2:

## Entwicklung der Erwerbstätigenzahl in Ostdeutschland nach Wirtschaftsbereichen (Inland)

- Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000 -

Wirtschaftsbereiche	1992	1993	1994	1995	1996
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	-172	-49	-6	-2	-15
Produzierendes Gewerbe	-705	-122	31	26	-82
Energie- und Wasserversorgung, Bergbau	-57	-34	-23	-9	-17
Verarbeitendes Gewerbe	-743	-196	-61	-15	-33
Baugewerbe	95	108	115	50	-32
Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-95	-17	6	-11	-23
Handel	-37	10	32	12	-1
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	-58	-27	-26	-23	-22
Dienstleistungsunternehmen	79	100	112	87	51
Kreditinstitute, Versicherungsgewerbe	8	4	0	0	0
Dienstleistungsunternehmen, Freie Berufe	71	96	112	87	51
Staat, private Haushalte	-41	-91	-37	-28	-38
Staat	-78	-104	-73	-50	-44
Organisation ohne Erwerbszweck, private Haushalte	37	13	36	22	6
Ostdeutschland insgesamt	-934	-179	106	72	-107

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3; Berechnungen des IWH.

Tabelle 3:

Entwicklung der Lohnstückkosten<sup>a</sup> in Ostdeutschland

- Westdeutschland = 100 -

Wirtschaftsbereiche	1991	1992	1993	1994	1995	1996
Produzierendes Gewerbe	147,3	133,6	118,1	114,3	114,2	110,3
darunter						
Verarbeitendes Gewerbe	189,0	162,1	133,3	129,5	132,2	126,0
Baugewerbe	123,2	117,6	115,9	105,4	100,7	101,1
Handel und Verkehr	136,1	151,6	150,5	147,9	146,6	144,7
Dienstleistungsunternehmen	160,6	144,2	136,7	134,8	145,8	147,9
Ostdeutschland insgesamt	150,7	140,9	131,6	129,8	131,2	130,0

<sup>a</sup> Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Beschäftigten/BIP bzw. Bruttowertschöpfung (nominal) je Erwerbstätigen.

Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 18, Reihe 1.3.; Berechnungen des IWH.

führt zu Rationalisierungsbemühungen der Unternehmen, die ihrerseits einen Arbeitsplatzabbau auslösen.

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen wird 1997 und 1998 weiter ansteigen. Das ist vor allem auf Arbeitsplatzverluste am ersten Arbeitsmarkt zurückzuführen, aber auch auf die schrittweise Rücknahme arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen.

Staatliche Beschäftigungsprogramme nehmen angesichts der hohen Unterbeschäftigung in Ostdeutschland einen vergleichsweise großen Raum ein und erfüllen damit eine wichtige arbeitsmarkt- und sozialpolitische Funktion. Etwa 4,0 vH der Erwerbstätigen waren im ersten Quartal dieses Jahres

im zweiten Arbeitsmarkt tätig. Die Inanspruchnahme der Lohnkostenzuschüsse nach § 249h des Arbeitsförderungsgesetzes nahm im Jahresverlauf weiter ab. Offensichtlich findet diese Maßnahme nur begrenzt Anwendung, weil die Kofinanzierung für viele Unternehmen ein Problem ist. Die von der öffentlichen Hand angestrebte Inanspruchnahme dieses Instruments in Höhe von 185.000 Geförderten ist deshalb nur schwer zu realisieren.<sup>7</sup> Damit dürfte auch im Jahr 1998 die Zahl der in Arbeitsbe-

<sup>7</sup> Vgl. Autorengemeinschaft: Der Arbeitsmarkt 1996 und 1997 in der Bundesrepublik Deutschland, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, 1/1997, S. 22.

Tabelle 4:  
Arbeitsmarktbilanz Ostdeutschland (Inländerkonzept)

	1996	1997 <sup>1</sup>	1998 <sup>1</sup>
	<i>in 1.000 Personen</i>		
Erwerbsfähige <sup>a</sup>	10.703	10.750	10.803
Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt	6.329	6.216	6.166
Arbeitslose	1.169	1.300	1.330
Arbeitslose nach § 105 <sup>b</sup>	37	35	35
Ausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten	37	32	30
Teilnehmer an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen	278	240	215
Teilnehmer an Maßnahmen zur Fortbildung und Umschulung in Vollzeitäquivalenten	230	185	163
Teilnehmer an Deutsch-Lehrgängen	8	9	9
Vorruheständler <sup>c</sup>	215	140	135
Unterbeschäftigung <sup>d</sup>	1.974	1.941	1.917
Bezieher von Erziehungsgeld mit vorangehender Erwerbstätigkeit	38	38	38
Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve <sup>e</sup>	8.304	8.163	8.091
Auspendler	432	435	435
Einpendler	104	104	104
	<i>in vH</i>		
Erwerbsbeteiligungsquote <sup>f</sup>	77,6	75,9	74,9
Erwerbstätigenquote insgesamt <sup>g</sup>	61,7	60,1	59,1
darunter			
Quote im ersten Arbeitsmarkt <sup>h</sup>	59,1	57,8	57,1
Unterbeschäftigungsquote <sup>i</sup>	23,8	23,8	23,7
Arbeitslosenanteil an der Unterbeschäftigung	61,1	68,8	71,2
Arbeitslosenquote <sup>k</sup>	15,5	17,2	17,7

<sup>a</sup> Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 65 Jahren. – <sup>b</sup> Ohne Arbeitslose nach § 105c AFG. – <sup>c</sup> Einschließlich Arbeitslosen nach § 105c AFG. – <sup>d</sup> Summe aus den vorangestellten Kursivwerten. – <sup>e</sup> Da Kurzarbeiter bereits in der Zahl der Erwerbstätigen enthalten sind, ist der Arbeitsausfall durch Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten subtrahiert worden, um eine Doppelzählung zu vermeiden. – <sup>f</sup> Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve in Relation zu den Erwerbsfähigen. – <sup>g</sup> Erwerbstätige im ersten und im zweiten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – <sup>h</sup> Erwerbstätige im ersten Arbeitsmarkt in Relation zu den Erwerbsfähigen. – <sup>i</sup> Anteil der Unterbeschäftigung am Erwerbspersonenpotential ohne Stille Reserve. – <sup>j</sup> Anteil der Arbeitslosen an der Gesamtheit von erwerbstätigen Inländern im ersten Arbeitsmarkt (ohne Kurzarbeit in Vollzeitäquivalenten), Arbeitslosen und Personen in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. – <sup>k</sup> Prognose des IWH.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit; Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

schaftungsmaßnahmen tätigen Personen insgesamt weiter rückläufig sein und im Jahresdurchschnitt etwa 215.000 betragen. Auch die Zahl der Teilnehmer an Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung nimmt weiter ab. Im Durchschnitt dieses Jahres wird die Teilnehmerzahl etwa 185.000 betragen (1998: 160.000). Die arbeitsmarktentlastenden Wirkungen der Regelungen zum Altersübergangsgeld sind 1997 deutlich geringer als 1996, weil Personen aus dieser Gruppe in die Altersrente übergehen und nachfolgende Jahrgänge die Regelung zum Altersübergangsgeld nicht mehr in Anspruch nehmen können. Hingegen kommt nunmehr die reguläre Vorruhestandsregelung (§ 105c AFG) in Ostdeutschland verstärkt zur An-

wendung. Dies führt statistisch zu einer Verringerung der Zahl der Arbeitslosen und damit der Erwerbspersonen.

Insgesamt wird es zu einer weiteren Rückführung arbeitsmarktpolitischer Instrumente kommen. Damit erhöht sich der Druck auf alle Beteiligten, die Lösung des Beschäftigungsproblems am ersten Arbeitsmarkt zu finden.

*Arbeitskreis Konjunktur Ost  
(Hans-Ulrich Brautzsch, Doris Gladisch,  
Brigitte Loose und Udo Ludwig)*

## EU-Strukturfonds: Mittelvergabe an neue Mitglieder ist kein Automatismus

*Der absehbare Beitritt mittelosteuropäischer Transformationsländer zur EU läßt nach den bisherigen Schätzungen zur finanziellen Förderung hohe Kosten für den Gemeinschaftshaushalt erwarten. Die Förderung ist jedoch kein Automatismus, sondern war auch bisher das Ergebnis eines Verhandlungsprozesses. Bei der Schätzung zukünftiger Transfers müssen sowohl die flexibel gestaltbaren Richtlinien der EU zur Mittelvergabe als auch die Absorptionsfähigkeit der neuen Mitglieds-länder berücksichtigt werden. Unter diesen Voraussetzungen könnten die zu erwartenden Ausgaben bereits im Rahmen der gegenwärtigen Strukturpolitik sehr viel geringer ausfallen als bisher öffentlich diskutiert wurde. Eine entsprechende Schätzung für Polen ergibt, daß die Ausgaben anstelle von bisher geschätzten 5 bis 7 Mrd. ECU pro Jahr nur 1,5 bis 3 Mrd. ECU betragen könnten.*

Im Mittelpunkt der Diskussion um die Osterweiterung der Europäischen Union stehen neben rechtlichen, institutionellen und politischen Aspekten die finanziellen Lasten für den EU-Haushalt. Ihre Höhe ist davon abhängig, wieviele Länder zu welchem Zeitpunkt beitreten, welche Übergangsfrieten vereinbart werden und wie weit die Reformen innerhalb der EU bis dahin vorangekommen sind. Von der EU gibt es noch keine festen Zusagen für einen Beitrittstermin, aber die Bereitschaft, alle beitriftswilligen Länder<sup>8</sup> aufzunehmen. Mitte Juli des Jahres wird die Europäische Kommission ihre Stellungnahmen zu den einzelnen Beitrittskandidaten der Öffentlichkeit vorstellen und damit die bereits laufende Diskussion, mit welchen Ländern 1998 Beitrittsverhandlungen begonnen werden, konkretisieren.

Zu den Kosten einer Osterweiterung gibt es bekanntlich verschiedene Berechnungen und Schätzungen, die zum Teil erheblich voneinander abweichen. Ihnen zufolge würde ein gleichzeitiger Beitritt der vier Länder Polen, Ungarn, Tschechien und Slowakei (Visegrad-Länder)<sup>9</sup> budgetäre Kosten zwischen 8 Mrd. und 43 Mrd. ECU verursachen,

wovon auf Polen als größtem Land mit knapp 40 Mio. Einwohnern in den Schätzungen der Hauptanteil entfällt.

Tabelle 1:  
Hypothetische Kosten einer Erweiterung der EU um die Visegrad-Länder  
- in Mrd. ECU -

	Kosten im Jahr	Polen, Tschechien, Ungarn, Slowakei		davon allein Polen	
		Gesamtkosten	Strukturfonds	Gesamtkosten	Strukturfonds
CEPR (1992)	1989	7,8	7,2	5,2	4,6
Courchene (1993) <sup>a</sup>	1990	43,0			
Baldwin (1994) <sup>a</sup>	1991	11,7		6,5	
Breuss (1995) <sup>a</sup>	1995	12,5	9,6	6,0	4,7
Breuss (1995) <sup>b</sup>	2000	16,8	12,6	8,5	6,5
Franzmeyer (1996)	1999		30 (12) <sup>c</sup>		

<sup>a</sup> Zitiert nach Breuss (1996). – <sup>b</sup> Zitiert nach Breuss/Schebeck (1996). – <sup>c</sup> Ziffer in Klammern siehe Erläuterung im Text.

Quellen: CEPR: *Is Bigger Better?* London, 1992.; Breuss, F.: *Auswirkungen der EU-Osterweiterung auf die EU und Österreich*, in: Regierungskonferenz 1996: *Wohin steuert die EU?* Wien, 1996.; Breuss, F.; Schebeck, F.: *Ostöffnung und Osterweiterung der EU*, WIFO-Monatsberichte, 1996, 69(2).; Franzmeyer, F. (vgl. Fußnote 14).

Zu unterscheiden sind vor allem zwei budgetkostenträchtige Bereiche: die Gemeinsame Agrarpolitik und die Strukturpolitik. Die Mittel im Rahmen der Gemeinsamen Agrarpolitik (insbesondere Garantiezahlungen an landwirtschaftliche Produzenten) betragen 1996 fast die Hälfte des EU-Gesamthaushalts (47 vH), die Mittel der Strukturfonds beliefen sich auf etwa 30 vH des Budgets. Der gesamte Nettotransfer der EU aus Strukturfonds und via Agrarpreisstützungen in die zehn Länder Mittel- und Osteuropas wird von *Breuss* und *Schebeck*<sup>10</sup> für das Jahr 2000 auf insgesamt 30 Mrd. ECU geschätzt. Das entspricht ungefähr 31 vH des von der EU-Kommission erwarteten Haushalts.<sup>11</sup>

Berücksichtigt man nur einen Beitritt Polens, Ungarns, der Slowakei und Tschechiens, würden

<sup>8</sup> Bislang gehören dazu die zehn Transformationsländer Ungarn, Polen, Tschechien, Slowakei, Bulgarien, Rumänien, Lettland, Estland, Litauen und Slowenien.

<sup>9</sup> Im Februar 1991 begründeten Polen, Ungarn und die damalige Tschechoslowakei in Visegrad bei Budapest eine Interessengemeinschaft, aus der ein Jahr später die zentraleuropäische Freihandelszone (CEFTA) hervorgegangen ist.

<sup>10</sup> Vgl. BREUSS, F.; SCHEBECK, F.: *Ostöffnung und Osterweiterung der EU*, WIFO-Monatsberichte, 1996, 69(2), S. 147.

<sup>11</sup> Ausführung des Haushaltsplans 1996 und Vorausschau für das Haushaltsjahr 1998, in: *Gesamtbericht über die Tätigkeit der Europäischen Union*, 1996, S. 415 und 427.

sich die budgetären Kosten nach *Breuss*, dessen neuere Schätzung ungefähr im Mittelfeld liegt, im Jahre 2000 noch immer auf knapp 17 Mrd. ECU belaufen (vgl. Tabelle 1); das wären immerhin noch etwa 17 vH der Gesamtausgaben des EU-Haushalts.

Die Frage ist jedoch, ob die Begründungen für derartige Schätzungen stichhaltig sind. Fragwürdig erscheint beispielsweise eine Berechnung von Strukturfondsmitteln, bei der die Fördermittel je Einwohner, die Irland, Griechenland oder Portugal erhielten, formal auf Mittel- und Osteuropa übertragen werden (z.B. CEPR 1992, Courchene 1993, Baldwin 1994). Spezifische Regeln für die Vergabe von Strukturfondsmitteln fanden in allen Studien keine Berücksichtigung.

Bei einer nominellen Gleichbehandlung der Visegrad-Länder mit den Kohäsionsländern<sup>12</sup> wären Strukturfondsmittel in Höhe von etwa 8 vH des BIP der Beitrittsländer zu erwarten, eine Größenordnung, die Zweifel hinsichtlich der Absorptionsfähigkeit<sup>13</sup> der Empfängerländer weckt. Bei einer Zugrundelegung von 3 vH des BIP als obere Grenze für Strukturmittelzahlungen berechnete *Franzmeyer* für die vier mittelosteuropäischen Länder im Jahre 1999 Transfers von ca. 12 Mrd. ECU.<sup>14</sup> Ungeklärt bleibt allerdings, weshalb 3 vH die Obergrenze der Absorptionsfähigkeit markieren und nicht 1 vH oder 5 vH oder gar mehr, wie z.B. in Ostdeutschland, wo die Einkommens- und Vermögensübertragungen 1996 gut 50 vH des ostdeutschen BIP ausmachten. Auch wenn man die in Ostdeutschland überwiegend konsumtiv verwendeten Transfers nicht berücksichtigt, bleibt doch ein hoher Anteil investiv verwendeter Mittel. Allerdings ist zu berücksichtigen, daß die investiv einzusetzenden Mittel aus den EU-Strukturfonds wegen mangelnder Kofinanzierung durch Bund und Länder z.T. nicht in Anspruch genommen werden konnten.<sup>15</sup>

Welcher Handlungsspielraum für die Gemeinschaft bei der Mittelvergabe also tatsächlich im Falle mitteleuropäischer Transformationsländer be-

steht, die im Vergleich mit Ostdeutschland viel schlechtere institutionelle Rahmenbedingungen aufweisen, soll für die Strukturpolitik am Beispiel Polens untersucht werden. Die Wahl fiel auf Polen wegen der Größe des Landes und der daraus resultierenden im Vergleich mit den anderen Ländern hohen Belastung für das EU-Budget.

### **Ziele der EU-Strukturpolitik und Prinzipien der Mittelvergabe**

Versucht man, die Kosten einer EU-Mitgliedschaft im Rahmen der Strukturpolitik realistisch einzuschätzen, müssen zunächst Ziele und Prinzipien der Mittelvergabe näher beleuchtet werden. Mit der Strukturfondsreform der Europäischen Union von 1988 wurde die Strukturpolitik auf fünf prioritäre Ziele konzentriert (vgl. Übersicht); mit der EU-Erweiterung 1995 wurde ein sechster Schwerpunkt hinzugefügt.

Übersicht:

#### Ziele der Strukturpolitik

<i>Ziel 1</i>	Förderung von Regionen mit auffälligem Entwicklungsrückstand gegenüber dem Gemeinschaftsdurchschnitt
<i>Ziel 2</i>	Förderung von Regionen mit rückläufiger industrieller Entwicklung
<i>Ziel 3</i>	Bekämpfung der Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit
<i>Ziel 4</i>	Anpassung an den industriellen Wandel
<i>Ziel 5 (a+b)</i>	Anpassung der Agrarstrukturen (a) und Entwicklung des ländlichen Raumes (b)
<i>Ziel 6</i>	Förderung der nördlichen Regionen mit extrem niedriger Bevölkerungsdichte

Quelle: Europäische Kommission, Gesamtbericht 1996.

Für die Förderung nach Ziel 1 sollen im Zeitraum 1996-1999 jeweils etwa 70 vH der Strukturfondsmittel eingesetzt werden. Gefördert werden im Rahmen von Ziel 1 vor allem Investitionen der Unternehmen in Industrie und Handwerk, im Dienstleistungssektor, in der Landwirtschaft und Fischerei, sowie die wirtschaftsnahe Infrastruktur, der Umweltschutz und die Entwicklung des Humankapitals. Aufgrund der Komplexität von Ziel 1 kann bei der Anerkennung einer Region als Ziel-1-Fördergebiet keine Beteiligung im Rahmen eines anderen Ziels beantragt werden. Für die Beitrittskandidaten aus Mittel- und Osteuropa dürfte sowohl ihrem Umfang wie ihrer Zweckgebundenheit nach die Ziel-1-Förderung die entscheidende Rolle spielen.

Entscheidende Richtgröße für die „Förderfähigkeit“ ist das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner, das drei Jahre hintereinander 75 vH des EU-Durch-

<sup>12</sup> Das Kohäsionsfinanzinstrument wurde 1993 im Ergebnis der Maastricht-Verhandlungen eingerichtet und 1994 durch den Kohäsionsfonds ersetzt. Er dient der Förderung der wirtschaftlich rückständigsten Länder der Gemeinschaft (Griechenland, Portugal, Spanien und Irland).

<sup>13</sup> Gemeint ist absorptionsfähig hinsichtlich der investiven Verwendung der Mittel.

<sup>14</sup> Vgl. FRANZMEYER, F.: Die EU-Osterweiterung – Aktueller Stand und Problemfelder, in: Die Osterweiterung der Europäischen Union, IIB, Berlin, 1996, S. 18-20.

<sup>15</sup> Vgl. WIRTSCHAFTSWOCHE 49/1996, S. 28.

schnitts nicht überschreiten darf. Ein genereller Förderanspruch besteht damit jedoch noch nicht. Förderfähigkeit bedeutet keinen Automatismus der Förderung.

EU-Strukturfondsmittel werden nach dem *Prinzip der Zusätzlichkeit* vergeben, d.h. sie sind Zuschüsse zu den nationalen Investitionen und dürfen diese nicht ersetzen. Die Strukturfonds beteiligen sich in Ziel-1-Regionen an den geplanten öffentlichen Ausgaben im Regelfall mit 50 vH, höchstens mit 75 vH. Für die Kohäsionsländer ist im Rahmen von Ziel 1 ein höherer Finanzierungsanteil der Gemeinschaft vorgesehen, der flexibel gestaltet wird und 80 vH, mitunter auch 85 vH oder mehr, erreichen kann. In besonders benachteiligten Regionen dieser Länder kann der Eigenfinanzierungsanteil auch völlig vernachlässigt werden, wenn andernfalls die Umsetzung von Entwicklungsprogrammen in Frage gestellt wäre. Dabei spielt die Absorptionsfähigkeit der Länder eine wichtige Rolle. Ein Maßstab der Kommission dafür sind die institutionellen und verwaltungstechnischen Fähigkeiten eines Landes, eigene Programme aufzustellen, Fördermittel zweckmäßig zu vergeben und ihre Verwendung zu kontrollieren.

Die Höhe der Mittel richtet sich nach den geplanten Maßnahmen des jeweiligen Landes zur Entwicklung der betroffenen Region. Die Verhandlungsgrundlage bilden regionale (Ziele 1,2,5b) oder sektorale (Ziele 3,4,5a) Entwicklungspläne, die von den Ländern für einen mehrjährigen Planungszeitraum erstellt werden. Als Ergebnis der Verhandlungen werden sogenannte Gemeinschaftliche Förderkonzepte (GFK) beschlossen. Darin sind die Förderschwerpunkte mit Zielvorgaben sowie ein verbindlicher Finanzierungsplan mit Angaben zur Höhe der Fördermittel und Fristen und Art der Mittelvergabe enthalten. Bislang wurden etwa 90 vH der gesamten Strukturmittel auf Initiative der Mitgliedsländer, 9 vH im Rahmen von Gemeinschaftsprogrammen und -initiativen und etwa 1 vH für andere Maßnahmen vergeben.

Die *Praxis der Mittelvergabe* für derzeitige Mitgliedsländer zeigt, wie die Kommission ihre Möglichkeiten zur Interpretation der Richtlinien nutzt. Die Beteiligung der Fonds in Ziel-1-Regionen erfolgt mit fließenden Fördersätzen, die im Laufe des Förderzeitraums im Rahmen konkreter Projekte auch flexibel angepaßt werden können. In der Praxis werden – unter Berücksichtigung ihrer gesamten wirtschaftlichen Entwicklung – Regionen auch dann gefördert, wenn deren Pro-Kopf-Einkommen (geringfügig) über 75 vH des Gemeinschaftsdurch-

schnitts liegt. Es werden sowohl einzelne Regionen als auch gesamte Ländergebiete gefördert. Derzeit wird fast das gesamte Territorium von vier Mitgliedsländern (Irland, Griechenland, Spanien, Portugal) nach Ziel 1 gefördert.

Die Erfahrungen der ersten Planungsperiode der Strukturfondsreform (1989-1993) haben gezeigt, daß die Anträge der Länder in der Regel die Interventionsmöglichkeiten der Strukturfonds in ihrem Umfang überschritten haben. In den gemeinsamen Verhandlungen war und ist die Kommission daher meist um eine Reduzierung der Prioritäten bemüht. Liegen die Prioritäten der Länder allerdings im Rahmen der im EU-Haushalt eingeplanten Mittel, war eine weitere Reduzierung bisher offenbar kein Verhandlungsthema.

### **Das Beispiel Polen: Voraussetzungen für die Förderfähigkeit**

Das erste Kriterium, das zu prüfen ist, ist der Entwicklungsrückstand, der am Bruttoinlandsprodukt je Einwohner gemessen wird. Der Abstand zum EU-Durchschnitt ist in jeder Hinsicht (berechnet nach Kaufkraftparität oder nach Wechselkurs, mit oder ohne Einbeziehung der Schattenwirtschaft) ausreichend groß, um Polen in den Bereich der Förderfähigkeit einzubeziehen.

Tabelle 2:  
Bruttoinlandsprodukt je Einwohner Polens im Vergleich zum EU-15-Durchschnitt 1995

Berechnungsbasis	Polen	EU-15-Durchschnitt	Polen (EU-15 = 100)
	US-Dollar	US-Dollar	in vH
Wechselkurse	3.056	22.633	14
Kaufkraftparitäten	5.484	21.050	26
Kaufkraftparitäten inklusive Schattenwirtschaft	6.578	-	-

Quellen: OECD, Berechnungen des IWH.

Eine Untersuchung der polnischen Regionen (Wojewodschaften)<sup>16</sup> für 1994 ergibt kein anderes Bild. Unter der Annahme, daß die für Polen insgesamt von der OECD ermittelte Kaufkraftparität auch in allen Teilregionen gleich ist, wurde das re-

<sup>16</sup> Als Grundlage der Untersuchung diente die Berechnung des BIP nach Regionen, die erstmals in Polen für 1992-1994 durchgeführt wurde. Vgl. ZIENKOWSKI, L. u.a.: Produkt krajowy brutto i dochody ludności wg wojewodztw w 1992 roku (BIP und Einkommen der Bevölkerung nach Wojewodschaften 1992). Warszawa, 1994.

gionale BIP ermittelt. Alle 49 Wojewodschaften würden nach den vorliegenden Berechnungen für 1994 unter die Förderung nach Ziel 1 fallen. Allein Warschau und Plock liegen erheblich über dem polnischen Durchschnitt, erreichen aber auch nur 48 vH bzw. 61 vH des EU-Niveaus.

Auch wenn in den nächsten Jahren in Polen mit einem Wirtschaftswachstum zu rechnen ist, das deutlich über dem der Europäischen Union liegen wird, kann von einer Förderfähigkeit Polens zum Beitrittstermin ausgegangen werden.

### Strukturfondsmittelschätzungen für Polen

Bei der Förderung handelt es sich um einen vielschichtigen Verhandlungsprozeß, dessen Ausgangspunkt die einzelstaatlichen Entwicklungsprogramme bilden. Berücksichtigt werden muß bei der Berechnung, daß die Transfers Zuschüsse zu öffentlichen Mitteln sind, die von polnischer Seite voraussichtlich zu ca. 25-50 vH kofinanziert werden müßten. Bei einer Größenordnung von 5 bis 7 Mrd. ECU jährlich, wie sie bisherige Schätzungen erbrachten (vgl. Tabelle 1), wären bis zu 3,5 Mrd. ECU aus öffentlichen Mitteln Polens zu finanzieren; damit wären auch entsprechende budgetäre Belastungen in Polen verbunden. Was die Absorptionsfähigkeit betrifft, so bestehen Zweifel, daß mitteleuropäische Transformationsländer ohne weiteres Transfers in Höhe von 4 bis 7 vH ihres BIP effizient für investive Zwecke verwenden können.<sup>17</sup>

Die im Folgenden vorgestellte Berechnung hypothetischer Transfers basiert auf den öffentlichen investiven Ausgaben Polens, für die als eine Schätzgröße die investiven Ausgaben des konsolidierten Staatshaushalts herangezogen wurden. Außerdem wurden folgende Annahmen getroffen:

- das BIP-Wachstum wird auch in den nächsten Jahren hoch sein und 1996-2000 durchschnittlich 5,8 vH und 2001-2005 durchschnittlich 4,4 vH betragen;<sup>18</sup>

<sup>17</sup> Bezogen auf das von Breuss (1995) berechnete BIP für Polen von ca. 125 Mrd. ECU im Jahre 2000. Andere Schätzungen ergeben einen noch höheren Anteil am BIP. Vgl. zitierte Schätzungen in KWIECINSKI, A.: Structural Funds in the European Union – possible benefits für Poland, FAPA, Warsaw, 1995.

<sup>18</sup> Die Wachstumsraten sind dem gemäßigten (mittleren) Szenario einer in Polen durchgeführten Projektion entnommen. Vgl. CZYZEWSKI, A.; ORLOWSKI, W.: Scenariusze makroekonomiczne rozwoju gospodarki polskiej w latach 1996-2005 (Szenarien der makroökonomischen Entwicklung der polnischen Wirtschaft 1996-2005), CASE, Warszawa 1996.

- der Anteil der investiven Ausgaben am Bruttoinlandsprodukt (1995: 1,4 vH) ändert sich bis zum Beitrittstermin (etwa zwischen 2000 und 2005) gegenüber 1995 nicht wesentlich;
- der reale Kurs des Zloty zum ECU bleibt konstant.

Tabelle 3:  
Schätzung hypothetischer Strukturfondsmittel für Polen

Jahr	Nationale Beteiligung	Beteiligung der EU		Gesamtumfang zweiseitig finanzierter Entwicklungsprogramme <sup>b</sup>
	staatliche Ausgaben für Investitionsvorhaben in Polen <sup>a</sup>	Fördersatz in Ziel-1-Regionen	Strukturfondsmittel	
	Mio. ECU	in vH	Mio. ECU	Mio. ECU
1995	1.300	50	1.300	2.600
	1.300	75	1.625	2.925
2000	1.700	50	1.700	3.400
	1.700	75	2.125	3.825
2005	2.100	50	2.100	4.200
	2.100	75	2.625	4.725

<sup>a</sup> 1,4 vH des jeweiligen BIP. – <sup>b</sup> Unberücksichtigt bleiben private Investitionen. – Preisbasis 1995, jahresdurchschnittlicher Kurs des Zloty zum ECU von 1995.

Quelle: Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Bei den zugrundegelegten Staatsausgaben wird davon ausgegangen, daß sie eine für Polen tragbare fiskalische Belastung darstellen. Sie bilden für die Berechnung eine Ausgangsgröße, die allerdings nicht nach oben ausgedehnt werden kann. Würden Maßnahmen im Rahmen eines Entwicklungsprogramms zu gleichen Teilen von Polen und der EU finanziert werden (Regelfördersatz für Ziel-1-Programme von 50 vH), würden die öffentlichen gesamten Investitionen doppelt so hoch sein wie die polnischen Ausgaben. Die Strukturmittel würden zwischen 1,3 und 2,1 Mrd. ECU liegen. Denkbar – wenngleich nicht automatisch gegeben – wäre unter Umständen aber auch ein höherer Anteil der EU-Förderung (bis zu 75 vH), was etwa Mittel in Höhe von 1,6 bis 2,6 Mrd. ECU jährlich für Polen ergeben würde. Berücksichtigt werden sollte auch, daß nicht jede öffentliche Investition des Landes gefördert wird und die vorgestellten Berechnungen auch in dieser Hinsicht nur eine Obergrenze bilden.

Diese Schätzungen liegen, verglichen mit den eingangs erwähnten, niedrig. Sie basieren allein auf dem Prinzip der Zusätzlichkeit in der Finanzierung. Die Absorptionsfähigkeit ist nicht einmal berücksichtigt worden, auch nicht die Fähigkeit der Regie-

rung, die eigenen Investitionsmittel im Budget drastisch zu erhöhen und damit eventuell gegen die Maastricht-Kriterien (Defizite!) zu verstoßen. Implizit ergibt sich jedoch eine Aussage über die Anforderungen an die Absorptionsfähigkeit: Die Schätzungen kommen in ihrer Größenordnung auf ca. 1,0-1,5 vH des BIP Polens im Jahre 2000, was sicherlich realistischer als in den meisten anderen Schätzungen ist.

Bereits im Rahmen der gegebenen Strukturpolitik der EU könnten somit die zu erwartenden Transfers bei Berücksichtigung der Absorptionsfähigkeit und des Prinzips der Zusätzlichkeit in der Finanzie-

rung sehr viel geringer ausfallen als dies bislang öffentlich diskutiert wurde. Entscheidend ist eine angemessene Handhabung der Überprüfungsmöglichkeiten bei der Mittelvergabe seitens der Europäischen Kommission. Gleichwohl ist dies kein Plädoyer gegen eine Reform der EU-Strukturpolitik. Vielmehr bedeutet die Antizipation derartiger Reformen eine zusätzliche Chance, die budgetären Kosten zu senken und den Mitteleinsatz effizienter zu gestalten.

Martina Kämpfe  
(mkp@iw.h.uni-halle.de)

## Zum Stand des Ausbaus der kommunalen Abwasserentsorgung in den neuen Ländern

*Seit der deutschen Vereinigung haben die ostdeutschen Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände umfangreiche Baumaßnahmen zur Abwasserbeseitigung durchgeführt. Im Zeitraum 1991 bis 1995 wurden dafür etwa 9 Mrd. DM aufgewandt. Hinzu kommen weitere Investitionen von rechtlich selbständigen kommunalen Wirtschaftsunternehmen (Eigengesellschaften bzw. Stadtwerken) und von privaten Betreibern öffentlicher Anlagen. Durch diese Maßnahmen wurden die zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung zu verzeichnenden hohen Mängel in der Abwasserentsorgung verringert. Gleichwohl sind noch umfangreiche Investitionen erforderlich, um gesetzliche Mindestanforderungen der Abwasserreinigung bzw. der Abwassereinleitung in Gewässer zu erfüllen.*

*Anfang 1996 lagen die durchschnittlichen Abwassergebühren um etwa 8 vH über dem westdeutschen Niveau. Dies ist ein Standortnachteil für Indirekteinleiter von Abwässern, d.h. für Gewerbetreibende sowie kleine und mittlere Betriebe. In Regionen, in denen überdurchschnittlich hohe Abwassergebühren mit weiteren ungünstigen Faktoren zusammenfallen, etwa mit Defiziten der Verkehrsinfrastruktur oder mit hohen Strompreisen, kann dadurch die Ansiedlung von Unternehmen behindert werden.*

### **Standortfaktor und Nachholbedarf**

Für die regionale Wirtschaftsentwicklung und die Standortwahl von Unternehmen ist u.a. die Sicherung einer vorschriftsgemäßen und effizienten öffentlichen Abwasserentsorgung bedeutsam. Dar-

auf weist eine Reihe von Untersuchungen in den alten Ländern hin.<sup>19</sup> Insbesondere kleine und mittlere Unternehmen, die aus wirtschaftlichen Gründen keine eigenen Kläranlagen betreiben können, sind auf die Einleitung und Behandlung von Abwässern in öffentlichen Anlagen angewiesen. Darüber hinaus trägt eine umweltschutzgerechte Abwasserbeseitigung zur Verbesserung der Gewässergüte bei. Das wirkt sich positiv auf wirtschaftliche Nutzungen aus, z.B. auf die Trinkwassergewinnung, die Wasserentnahme für Produktionszwecke oder auf Tourismus-, Erholungs- und Freizeitaktivitäten in Gewässern. Hat eine Region Ausstattungsdefizite in der Abwasserentsorgung, können dadurch die wirtschaftliche Entwicklung, die Ansiedlung von Unternehmen sowie die Umwelt- und Lebensqualität negativ beeinflusst werden.

Vor diesem Hintergrund erlangte die Beseitigung der zum Zeitpunkt der deutschen Vereinigung vorhandenen enormen Infrastrukturdefizite und die Sicherung einer vorschriftsgemäßen Abwasserentsorgung in Ostdeutschland eine besondere Bedeutung. Im Jahr 1989 betrug der Anschlußgrad der Bevölkerung an die öffentliche Kanalisation (Kläranlagen) nur etwa 73 (57) vH, in den alten Ländern etwa 93 (90) vH.<sup>20</sup> Etwa ein Fünftel der kommu-

<sup>19</sup> Vgl. dazu u.a. GATZWEILER, H.-P.; IRMEN, E.; JANICH, H.: Regionale Infrastrukturausstattung. Bonn 1991. – BACH, S.; GORNIG, M.; STILLE, F.; VOIGT, U.: Wechselwirkung zwischen Infrastrukturausstattung, strukturellem Wandel und Wirtschaftswachstum. Berlin 1994.

<sup>20</sup> Vgl. KOMAR, W.: Zur Entwicklung der Umweltsituation in Ostdeutschland, in: Pohl, R. (Hrsg.): Herausforderung

Tabelle 1:

Baumaßnahmen der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände für die Abwasserbeseitigung in den neuen Ländern

Länder	1991	1992	1993	1994	1995 <sup>b</sup>	1991 bis 1995	
	Mio. DM					Mio. DM	DM pro Einwohner
Brandenburg	206	398	543	290	170	1.599	629
Mecklenburg-Vorpommern	97	239	192	145	87	761	417
Sachsen	359	738	953	1.154	697	3.902	855
Sachsen-Anhalt	142	413	545	425	244	1.769	646
Thüringen	104	249	290	210	111	963	385
Neue Länder (ohne Berlin Ost)	908	2.038	2.514	2.224	1.310	8.994	635
<i>Nachrichtlich: Alte Länder<sup>b</sup></i>	9.300	10.153	9.384	9.126	8.218	46.181	747

<sup>a</sup> Die Baumaßnahmen der Zweckverbände wurden auf Basis der Rechnungsstatik der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände 1994 sowie der Kassenstatistik der Gemeinden und Gemeindeverbände 1995 geschätzt. – <sup>b</sup> Ohne Stadtstaaten.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

nalen Abwässer wurde ungereinigt in Gewässer eingeleitet. Viele Kläranlagen waren veraltet, besaßen lediglich eine mechanische Reinigungsstufe und entsprachen nicht den geltenden Regelungen der Abwasserbeseitigung. Weit über die Hälfte der Kanalisationen wies bauliche Schäden auf und war stark sanierungsbedürftig. Folglich wurden hohe Schadstofffrachten in die Gewässer eingeleitet. So waren Nachrüstungen und Neubauten im Bereich der Abwasserentsorgung dringend erforderlich.

### Investitionen in die Infrastruktur

Von 1991 bis 1995 realisierten die ostdeutschen Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände Baumaßnahmen zur Abwasserbeseitigung in Höhe von rund 9 Mrd. DM<sup>21</sup> (vgl. Tabelle 1). Hinzu kommen weitere Investitionen von rechtlich selbständigen kommunalen Wirtschaftsunternehmen der Abwasserentsorgung (Eigengesellschaften bzw. Stadtwerke)<sup>22</sup> sowie von privaten Betreibern öffentlicher Abwasserentsorgungsanlagen, die außerhalb kommunaler Haushalte realisiert und durch die Statistik der Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushaltes nicht erfaßt werden.<sup>23</sup> Diese sind in Tabelle 1 nicht enthalten.

Die kommunalen Bauaufwendungen pro Einwohner lagen im Zeitraum 1991 bis 1995 um etwa

15 vH unter dem Niveau der westdeutschen Flächenländer. Allerdings ist zu beachten, daß die in Tabelle 1 nicht erfaßten kommunalen Eigengesellschaften bzw. Wirtschaftsunternehmen sowie privaten Betreiber in Ostdeutschland eine größere Rolle spielen und deswegen vergleichsweise höhere Anteile an den gesamten Investitionen in die öffentliche Abwasserbeseitigung als in Westdeutschland besitzen. Nach einer Übersicht des Verbandes der privaten Abwasserentsorger e.V. vom Juni dieses Jahres gibt es in Ostdeutschland (Westdeutschland) 93 (76) Projekte der Abwasserbeseitigung mit Beteiligung von privaten Firmen, davon 68 (45) Projekte, bei denen die private Beteiligung im Rahmen von Betreiber- bzw. Kooperationsmodellen erfolgt.<sup>24</sup> Von dem Investitionsvolumen der Betreibermodell- bzw. Kooperationsmodellvorhaben – im Umfang von etwa 5,3 Mrd. DM – entfallen rund 81 vH auf Ostdeutschland.<sup>25</sup> Die Investitionen der rechtlich selbständigen kommunalen Wirtschaftsunternehmen (Stadtwerken und dergleichen) konnten wegen der unvollständigen Datenbasis nicht ermittelt werden. Gleichwohl weisen die hohen kommunalen Baumaßnahmen in den westdeutschen Flächenländern (vgl. Tabelle 1) darauf hin, daß auch in den alten Ländern umfangreiche Investitionen notwendig waren, um Kläranlagen entsprechend Umweltschutz-

Ostdeutschland – Fünf Jahre Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion. Berlin 1995, S. 269 ff.

<sup>21</sup> Einschließlich der mit den Baumaßnahmen im Zusammenhang stehenden Anlagen, Betriebsanlagen, sonstigen technischen Anlagen sowie dauerhaften Einbauten und Ausstattungen.

<sup>22</sup> Diese sind zur Aufstellung einer Bilanz sowie zur Gewinn- und Verlustrechnung verpflichtet.

<sup>23</sup> Vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT: Fachserie 14 Finanzen und Steuern, Reihe 3.1. Rechnungsergebnisse des öffentlichen Gesamthaushalts, S. 6 ff. Stuttgart 1996.

<sup>24</sup> Bei dem Betreibermodell plant, finanziert, baut und betreibt ein Privatunternehmen die öffentliche Abwasseranlage. Bei dem Kooperationsmodell erfolgt dies durch eine privatrechtliche Gesellschaft, an der private Firmen und Gemeinden bzw. Zweckverbände beteiligt sind. In der Regel besitzen die Gemeinden bzw. Zweckverbände einen Mehrheitsanteil an den Gesellschaftereinlagen dieser Kooperationsgemeinschaft.

<sup>25</sup> In Ost- wie in Westdeutschland wurden die Investitionsangaben bei etwa 12 vH der Projekte nicht beziffert, so daß die genannte Summe eine Untergrenze darstellt.

vorschriften der Europäischen Union nachzurüsten und defekte Kanalisationen zu sanieren.

### Verbesserung des Entsorgungsniveaus

Mit den Investitionen in die Kanalisation und in Kläranlagen wurde die öffentliche Abwasserbehandlung in den neuen Ländern merklich erweitert und verbessert (vgl. Tabelle 2). Dies hat mit zur Verringerung der Belastungen von Gewässern beigetragen.<sup>26</sup>

Tabelle 2:

Anschlußgrad der Bevölkerung an öffentliche Kanalisationen und Kläranlagen

- in vH -

	Kanalisation		Kläranlagen	
	1991	1995	1991	1995
Brandenburg	54	60	54	60
Mecklenburg-Vorpommern	70	75	65	74
Sachsen	75	80	60	70
Sachsen-Anhalt	66 <sup>b</sup>	76	56 <sup>b</sup>	69
Thüringen	82	88	43	56
Neue Länder und Berlin-Ost <sup>a</sup>	75	80	60	70
<i>Nachrichtlich:</i>				
Alte Länder und Berlin-West <sup>a</sup>	94	96	92	94

<sup>a</sup> Angaben der Abwassertechnischen Vereinigung e.V. (ATV); in ATV (Hrsg.): Zahlen zur Abwasser- und Abfallwirtschaft, Hennef 1996, S. 5 und 11. - <sup>b</sup> 1990.

Quelle: Umweltministerien der neuen Länder, ATV.

Allerdings lag das Niveau der Abwasserbehandlung im Jahr 1995 im Durchschnitt unter dem westdeutschen (vgl. Abbildung).

Rückstände gibt es vor allem noch bei der weitergehenden Abwasserbehandlung, die eine über die mechanisch und biologische Behandlung hinausgehende dritte Reinigungsstufe zur Phosphat- und Stickstoffeliminierung umfaßt. Die Richtlinie 91/271/EWG der Europäischen Union schreibt u.a. eine weitergehende Abwasserbehandlung mit Nährstoffbeseitigung für Städte mit über 10.000 Ein-

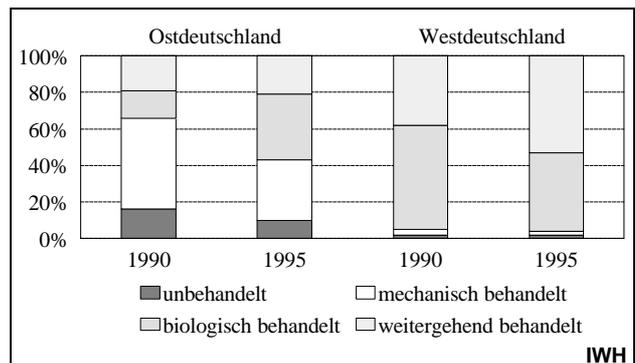
<sup>26</sup> Nach der Gewässergütekarte 1995 weist die Elbe ab der tschechischen Grenze durchgehend die Klasse II-III „kritisch belastet“ auf. Im Vergleich dazu hatte der Rhein die Güteklasse II „mäßig belastet“, die von der Bundesregierung für alle Fließgewässer in Deutschland angestrebt wird. 1990 wurde die Elbe im ostdeutschen Flußabschnitt noch überwiegend als „stark verschmutzt“ (Güteklasse III), unterhalb und oberhalb von Dresden überwiegend als „übermäßig verschmutzt“ (Güteklasse IV), in einzelnen Abschnitten auch als „ökologisch zerstört“ (zusätzlich für ostdeutsche Fließgewässer eingeführte Klassifizierung) eingestuft. Vgl. LÄNDERARBEITSGEMEINSCHAFT WASSER (LAWA) (Hrsg.): Gewässergütekarte 1995 und 1990. Berlin 1995 bzw. 1990.

wohnerwerten<sup>27</sup> spätestens bis zum 1. Januar 1999 vor, sofern diese in empfindlichen Einzugsgebieten liegen.<sup>28</sup> Nach Angaben der Umweltministerien der neuen Länder erfüllten etwa 39 vH der in Ostdeutschland davon betroffenen Kommunen diese Anforderung Ende 1996 noch nicht (vgl. Tabelle 3).

Abbildung:

Niveau der kommunalen Abwasserbehandlung<sup>a</sup>

- Anteile in vH -



<sup>a</sup> 1995 nach Berechnungen des Umweltbundesamtes (UBA).

Quelle: UBA: Jahresbericht 1993, Berlin 1994, S. 292.

Trotz der erzielten Fortschritte der Abwasserbehandlung sind weitere Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen, um gesetzliche Mindestanforderungen an die Abwasserreinigung bzw. an die Einleitung von Abwasser in Gewässer erfüllen zu können. Das Bundesumweltministerium geht auf der Basis von Angaben der Länder davon aus, daß in den ostdeutschen Kommunen bis zum Jahr 2005 etwa 70 Mrd. DM in die Herstellung, Modernisierung und Sanierung von Kanalisationen und Kläranlagen zu investieren sind, um Umweltschutzanforderungen zu erfüllen.<sup>29</sup> Davon dürfte mehr als die Hälfte auf den Ausbau und die Sanierung von Kanalisationen entfallen. Betrachtet man den Umfang der bisherigen Investitionen und die aufgrund der angespannten Lage der öffentlichen Haushalte eher ab- als zunehmenden Fördermöglichkeiten, ist zu bezweifeln, ob diese Investitionssumme im genannten Zeitraum realisiert werden kann.

<sup>27</sup> Ein Einwohnerwert entspricht der durchschnittlichen Abwassermenge eines Einwohners bzw. einer organisch-biologisch abbaubaren Belastung mit einem biochemischen Sauerstoffbedarf in 5 Tagen (BSB<sub>5</sub>) von 60 g Sauerstoff pro Tag.

<sup>28</sup> Vgl. RAT DER EUROPÄISCHEN UNION (Hrsg.): Amtsblatt der Europäischen Union vom 30. Mai 1991, Nr. L 135/40 (ERRiL Kommunalabwasser). Brüssel 1991.

<sup>29</sup> Vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG: Umwelt- und sozialverträgliche ..., a. a. O., S. 5. Das Investitionsvolumen der alten Länder wurde mit etwa 80 Mrd. DM beziffert.

Tabelle 3:

Niveau der kommunalen Abwasserbehandlung in den neuen Ländern, Stand Ende 1996

Land	Behandlung kommunaler Abwässer (Anteile an dem in Kläranlagen behandelten Abwasser)		Erfüllung der weitergehenden Behandlung nach EG Richtlinie 91/271/EWG		
	biologische  in vH	weitergehende  in vH	betroffene Kommunen  Anzahl	davon Erfüllung der Richtlinie	
				Anzahl	in vH
Brandenburg	38 <sup>a</sup>	48 <sup>a</sup>	42	29	69
Mecklenburg- Vorpommern	32	66	46	31	67
Sachsen <sup>b</sup>	80	10	73	23	32
Sachsen-Anhalt	23	38	56	44 <sup>c</sup>	79
Thüringen	48	36	39	28	72

<sup>a</sup> Stand Ende 1995. – <sup>b</sup> Vorläufige Daten. – <sup>c</sup> Stand September 1996.

Quelle: Umweltministerien bzw. Landesämter für Umwelt der neuen Länder; Berechnungen des IWH.

### Fördermaßnahmen

Zur Erleichterung der Anpassung an die höheren gesetzlichen Anforderungen der Abwasserbeseitigung der Bundesrepublik und der Europäischen Union wurden Investitionen in die öffentliche Entsorgungsinfrastruktur durch eine Reihe von Finanzierungshilfen unterstützt (vgl. Tabelle 4).

Dem Volumen nach war das zinssubventionierte Kommunalkreditprogramm, das ausschließlich in den neuen Ländern ausgereicht wurde, die wichtigste Fördermaßnahme. Rund 28 vH der Kredite dieses Programmes entfielen auf die Abwasserentsorgung, die damit etwa gleichauf mit dem Ausbau der Verkehrsinfrastruktur (29 vH), aber deutlich vor der Erschließung von Gewerbegebieten (19 vH), dem Ausbau der Wasserversorgung (11 vH) und der Abfallentsorgung (4 vH) lag.<sup>30</sup> Wegen der hohen Nachfrage war das Kommunalkreditprogramm bereits 1992 mit Zusagen erschöpft, so daß die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) ein Kommunalprogramm aus Eigenmitteln zu Marktkonditionen aufgelegt hat. Seit 1995 bietet die KfW ein zinsgünstiges Infrastrukturprogramm an, mit dem vor allem kommunale Maßnahmen der Wasserver- und Abwasserentsorgung finanziert werden können. Das Volumen dieser Programme lag aber deutlich unter dem des ausgelaufenen zinssubventionierten Kommunalkreditprogramms. Dies hat neben Projektverzögerungen im Zusammenhang mit Überprüfungen überdimensionierter Kläranlagen mit zum Rückgang der Investitionen in den Jahren 1994 und 1995 beigetragen.

Kommunale Investitionen für die Abwasserentsorgung wurden ferner mit Mitteln der Gemein-

schaftsaufgabe zur „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ (GA) und der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) gefördert. Von 1990 bis 1996 erreichten die für die Abwasserentsorgung gewährten Zuschüsse der GA einen Anteil von etwa 13 vH an den gesamten Mitteln des Förderbereiches „wirtschaftsnahe Infrastruktur“. Im Vergleich dazu entfielen auf die Erschließung von Gewerbeflächen 39 vH. Zuschüsse der GAK wurden eingesetzt, um den Bau von Abwasseranlagen im ländlichen Raum zu unterstützen. Dafür wurden von 1991 bis 1995 etwa 16 vH der gesamten GAK-Mittel bzw. 54 vH der Mittel des Förderbereiches „wasserwirtschaftliche und kulturbautechnische Maßnahmen“ bewilligt.

### Hohe Abwassergebühren

Neben einer umweltschutzgerechten Infrastrukturausstattung ist das Niveau der Abwasserentgelte für Unternehmen standortrelevant. Sind die Abwassergebühren und Anschlußbeiträge an die Kanalisation und an Kläranlagen in einer Region höher als in anderen, entstehen in dieser vergleichsweise höhere Entsorgungskosten. Deswegen werden gewerbliche Indirekteinleiter von Abwässern eher in Gebieten investieren, in denen mit der Entsorgungssicherheit zugleich günstige Entgelte gegeben sind. Steigen die Abwasserentgelte schneller als die Einkommen der privaten Haushalte, belastet dies außerdem Haushalte finanziell.

1995 lagen die Abwassergebühren in den neuen Ländern nach einer Umfrage des Bundesverbandes der Gas- und Wasserwirtschaft e.V. (BGW) zu Beginn des Jahres 1996 durchschnittlich um 8 vH über dem Niveau der alten Länder, die Gebühren und Anschlußbeiträge nach einer Umfrage der Abwas-

<sup>30</sup> Vgl. ebenda, S. 39.

Tabelle 4:

## Finanzierungshilfen für den Ausbau der öffentlichen Abwasserentsorgung in Ostdeutschland

	1991	1992	1993	1994	1995	1991-95	
	Mio. DM					Mio. DM	vH
Förderkredite insgesamt <sup>a</sup>	2.024	2.094	236	128	620	5.102	100,0
davon							
zinssubventioniertes Kommunalkreditprogramm	2.024	1.945	-	-	-	3.969	77,8
KfW-Kommunalprogramm	-	149	214	24	2	389	7,6
KfW-Programm Sachsen-Anhalt	-	-	22	104	26	152	3,0
KfW-Infrastrukturprogramm	-	-	-	-	592	592	11,6
Zuschüsse insgesamt	257	493	913	1.318	974	3.955	100,0
davon							
GA (Bund und Länder) <sup>b</sup>	44	88	612	979	778	2.501	63,2
GAK (Bund und Länder)	91	282	301	339	196 <sup>c</sup>	1.209	30,6
Gemeinschaftswerk Aufschwung Ost	122	123	-	-	-	245	6,2

<sup>a</sup> Bewilligte Kredite. – <sup>b</sup> Zusagen mit Stand Februar 1997; die anteiligen GA-Zuschüsse für Investitionen im Abwasserbereich wurden auf der Basis von Investitionsanteilen geschätzt. – <sup>c</sup> Sollwert laut Rahmenplan der GAK.

Quelle: Bundesamt für Wirtschaft, Bundesumweltministerium, Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, KfW; Berechnungen des IWH.

sertechnischen Vereinigung e.V. (ATV) um 14 vH darüber (vgl. Tabelle 5). Dies ist u.a. auf den hohen Nachholbedarf, aber auch auf nicht ausgelastete Kläranlagen zurückzuführen.

In Einzelfällen wurden Klärwerke überdimensioniert, so daß diese derzeit unzureichend ausgelastet werden.<sup>31</sup> Gründe dafür waren:<sup>32</sup> Zu hoch geschätzte Abwassermengen, fehlerhafte Prognosen der Schadstofffrachten gewerblicher Indirekteinleiter, mangelhafte Beratung von Kommunen bei der Planung von Anlagen, Vollzugs- und Kontrollprobleme in der Phase des Neuaufbaus kommunaler Aufsichtsbehörden, Fehlanreize durch im Vergleich zu anderen Infrastrukturbereichen hohe Förderquoten staatlicher Finanzierungsprogramme<sup>33</sup> sowie un-

zureichende Prüfung der Wirtschaftlichkeit und Refinanzierung der Maßnahmen. Derartige Mängel traten vor allem bei Projekten auf, die unmittelbar nach der deutschen Vereinigung in Angriff genommen wurden.

Tabelle 5:  
Abwassergebühren

- in DM pro Kubikmeter, Anfang 1996 -

	gewichtete Gebühr <sup>a</sup>	Bandbreite	Repräsentanz <sup>b</sup> (vH)
Brandenburg	5,82	3,36 - 9,70	68
Mecklenburg-Vorpommern	4,67	1,75 - 8,47	45
Sachsen	4,31	2,85 - 8,42	53
Sachsen-Anhalt	4,84	3,05 - 9,55	42
Thüringen	4,11	1,00 - 8,66	57
Neue Länder nach BGW-Umfrage	4,70	1,00 - 9,70	53
ATV-Umfrage <sup>c</sup>	4,98	1,28 - 10,63	39
Alte Länder nach BGW-Umfrage	4,37	0,50 - 11,54	58
ATV-Umfrage <sup>c</sup>	4,38	0,74 - 11,20	37

<sup>a</sup> Mit der Anzahl der angeschlossenen Einwohner gewichtete Abwassergebühr (einschließlich Grundgebühr). – <sup>b</sup> Repräsentanz der Umfrage gemessen am Anteil erfaßter Einwohner. – <sup>c</sup> Bei dieser Umfrage wurde der Anschlußbeitrag einbezogen, in laufende Kosten umgerechnet und als solcher in den Gebühren berücksichtigt.

Quelle: BGW, ATV.

Regional variieren die Abwassergebühren stark. In Einzelfällen überschreiten diese auch die in Ta-

schutzinvestitionen ostdeutscher Kommunen – Einflußfaktoren, Schätzungen und Fördermaßnahmen, in: IWH-Forschungsreihe 7/94. Halle 1994, S. 40.

<sup>31</sup> Vgl. dazu MINISTERIUM FÜR RAUMORDNUNG, LANDWIRTSCHAFT UND UMWELT DES LANDES SACHSEN-ANHALT: Landesentwicklungsbericht 1996. Magdeburg 1996, S. 132. – SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR UMWELT UND LANDESENTWICKLUNG: Jahresbericht der Wasserwirtschaft – Sachsen, in: Wasser & Boden, Heft 7/1996. Berlin, S. 91 sowie Thüringer Landesanstalt für Umwelt: Gewässerschutz in Thüringen, Entwicklung der kommunalen Abwasserentsorgung. Jena 1996, S. 21.

<sup>32</sup> Vgl. dazu PÜCHEL, M.: Ausgewählte Aspekte der kommunalen Abwasserentsorgung (Erfahrungsberichte), in: Bundesumweltministerium (Hrsg.): Kosten und Abgabeminimierung in der kommunalen Abwasserentsorgung. Bonn 1996, S. 16.

<sup>33</sup> Bei dem zinssubventionierten Kommunalkreditprogramm lag die Förderquote – als Anteil der bewilligten Kredite an den geförderten Investitionen – im Förderbereich „Abwasser/Kanalisation“ um 11 vH über dem im Bereich „Erschließung von Gewerbeflächen“ und um 9 vH über dem im Bereich „Trinkwasser“. Vgl. KOMAR, W.: Umwelt-

belle 5 ausgewiesenen Maximalwerte.<sup>27</sup> Nach Modellrechnungen der ATV, die auf den geschätzten Investitionen der nächsten zwanzig Jahre und auf einer angenommenen Inflationsrate von 2 vH basieren, wird künftig eine jährliche Gebührensteigerung von etwa 5 vH in den alten Ländern erwartet.<sup>28</sup> Wegen des Nachholbedarfes und wegen anlagenbestandsbedingter geringerer Abschreibungserlöse sowie der daraus folgenden höheren Kreditfinanzierung der Maßnahmen rechnet der ATV mit einem noch höheren Anstieg in Ostdeutschland.

In ostdeutschen Regionen, in denen überdurchschnittlich hohe Abwassergebühren zu verzeichnen

sind, treten abwasserkostenbedingte Standortnachteile für Indirekteinleiter von Abwässern auf. Sie betreffen vor allem Gewerbetreibende sowie kleine und mittlere Betriebe. Fallen hohe Abwasserentgelte mit weiteren ungünstigen Faktoren, etwa mit Defiziten der Verkehrsinfrastruktur oder mit hohen Strompreisen zusammen, kann dadurch die Ansiedlung von Unternehmen behindert werden.

Walter Komar  
(kmr@iwh.uni-halle.de)

## Die Produktion weicher Standortfaktoren: Kommunale Kulturausgaben im Ost-West-Vergleich

*Die relativ gute Ausstattung ostdeutscher Städte mit kultureller Infrastruktur stellt einerseits einen potentiell attraktiven weichen Standortfaktor andererseits einen bedeutenden Kostenfaktor dar. Aus einem Ost-West-Vergleich von Kennzahlen des Kulturbetriebs ergeben sich Hinweise, daß ostdeutsche Kommunen ihre kulturelle Infrastruktur wenig kostengünstig betreiben und das vorhandene Potential zu wenig ausschöpfen. Verbesserungen der Kostensituation lassen sich durch verstärkten Druck, die Einspielergebnisse zu verbessern und durch die Umwandlung von Einrichtungen in Eigenbetriebe erzielen.*

### **Kommunale Kultureinrichtungen als Standort- und Kostenfaktor**

Im Gefolge des intensivierten Standortwettbewerbs zwischen den Städten auf nationaler und internationaler Ebene gewinnt die Produktion und Bereitstellung weicher Standortfaktoren, wie die Freizeitqualität und das kulturelle Angebot, einen zunehmend größeren Stellenwert für kommunale Handlungsstrategien. Die Schlagworte der „Kulturalisierung“ und „Festivalisierung“ der Stadtentwicklungspolitik stehen als Indizien für diesen Trend.<sup>36</sup>

Die Kommunen geben im Vergleich zu Bund und Ländern einen höheren Anteil ihres Budgets für Kultur aus und sind Träger einer großen Zahl von Theatern, Museen und Bibliotheken. Von den öffentlichen Zuschüssen in Höhe von 5,3 Mrd. DM im Jahr 1993 für Theater und Musikpflege flossen 3 Mrd. DM von kommunaler Seite.<sup>37</sup>

Die Städte der neuen Länder haben im Gegensatz zu ihrer materiellen Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur eine vergleichsweise gut ausgestattete kulturelle Infrastruktur als DDR-Erbe übernommen. Verschiedene überlokal bekannte kulturelle Einrichtungen prägen das Image zahlreicher Städte wesentlich mit. Dieser relativ hohe Besatz an Ensembles, Orchestern und Aufführungsgebäuden auch in relativ kleinen Städten stellt in einer Zeit wachsender Bedeutung weicher Standortfaktoren einerseits ein Attraktivitätspotential, in einer Situation extremer kommunaler Finanzknappheit andererseits aber auch einen Kostenfaktor mit der Tendenz zu überproportionalem Wachstum aufgrund der hohen Personalkostenanteile dar. Demzufolge befassen sich insbesondere die ostdeutschen Kommunen mit Fragen „Wieviel Kultur können sich die Städte heute noch leisten?“ oder „Ist ein attraktives kulturelles Angebot auch anders und mit weniger Mitteln erreichbar?“ Die folgenden Analysen – mit

<sup>34</sup> Vgl. DEUTSCHER BUNDESTAG: Umwelt- und sozialverträgliche Abwasserbehandlung und -vermeidung, in: Bundestagsdrucksache 13/3095. Bonn 1995, S. 5.

<sup>35</sup> Vgl. ATV: Neue ATV-Prognose für Abwassergebühren, ATV-Informationen 28/1995. Bonn 1995.

<sup>36</sup> Vgl. HÄUSSERMANN, H.; SIEBEL, W. (Hrsg.): Festivalisierung der Stadtpolitik. Stadtentwicklung durch große Projekte, Leviathan, Sonderheft 13. Opladen 1993 – Dies.:

Die Kulturalisierung der Regionalpolitik, in: Geographische Rundschau, 45. Jg., 1993, S. 218-223.

<sup>37</sup> Vgl. BECKER, L.: „National Lottery“ erhöht die öffentlichen Mittel für Kultur in Großbritannien. Ein Vergleich der Kulturfinanzierung in Großbritannien und Deutschland, in: ifo Schnelldienst, H. 12, 1996, S. 30.

Tabelle 1:

Dichte, Einspielergebnis und Betriebszuschüsse öffentlicher Theater nach Ländern 1990 und 1994

Land	Theaterplätze pro 1.000 Einwohner		Verän- derung	Einspielergebnis in vH der Betriebsausgaben		Verän- derung	Betriebszuschuß je Besuch in DM <sup>b</sup>		Verän- derung in vH
	1990	1994		1990	1994		1990	1994	
Baden-Württemberg	9,9	12,6	+ 2,7	14,0	11,9	- 2,1	129	164	+ 27,1
Bayern	9,4	12,1	+ 2,7	18,0	15,4	- 2,6	118	139	+ 17,8
Bremen	5,3	3,3	- 2,0	12,4	10,3	- 2,1	139	175	+ 25,9
Hamburg	3,3	4,1	+ 0,8	22,1	22,7	+ 1,6	154	182	+ 18,2
Hessen	11,7	7,8	- 3,9	12,0	10,1	- 1,9	165	200	+ 21,2
Niedersachsen	7,8	10,4	+ 2,6	15,3	15,1	- 0,2	107	131	+ 22,4
Nordrhein-Westfalen	5,6	6,6	+ 1,0	13,8	15,2	+ 1,4	129	153	+ 18,6
Rheinland-Pfalz	9,7	16,3	+ 6,6	13,2	11,6	- 1,6	99	133	+ 34,3
Saarland	7,4	7,4	0	13,8	12,5	- 1,3	131	171	+ 30,5
Schleswig-Holstein	15,0	13,4	- 1,6	13,8	15,6	+ 1,8	100	122	+ 22,0
Berlin	4,9	4,4	- 0,5	k.A.	16,8		k.A.	172	
Brandenburg	9,0	10,5	+ 1,5	8,0	4,7	- 3,3	150	222	+ 48,0
Mecklenburg-Vorp.	7,2	9,1	+ 1,9	6,0	6,6	+ 0,6	147	192	+ 30,6
Sachsen	13,1	14,7	+ 1,6	10,5	10,0	- 0,5	114	170	+ 49,1
Sachsen-Anhalt	13,2	10,3	- 2,9	6,9	6,5	- 0,4	128	172	+ 34,4
Thüringen	19,2	15,0	- 4,2	9,4	6,9	- 2,5	89	164	+ 95,5
Deutschland insgesamt		8,8			13,2			160	

<sup>a</sup> Bezogen auf die Einwohnerzahl der Gemeinden mit öffentlichem Theater. – <sup>b</sup> Betriebsausgaben abzüglich Betriebseinnahmen.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Schwerpunkt auf dem Theaterbereich – sind darauf gerichtet, einige Orientierungspunkte für kulturpolitisches Handeln auf kommunaler Ebene unter ökonomischen Gesichtspunkten aufzuzeigen.

### *Theater in den alten und neuen Ländern*

Das Theaterleben in Deutschland wird von 157 öffentlichen und 188 Privattheatern geprägt, die im Jahr 20,5 bzw. 8 Millionen Besucher anziehen (Stand 1994). Während sich die Zahl der öffentlichen Theater und ihrer Besucher in den letzten Jahren kaum verändert, ist die Zahl der Privattheater seit 1990 um ein Drittel bei einer gleichzeitigen Zunahme ihrer Zuschauer um nur knapp 10 vH gewachsen. Der Zuwachs an Privattheatern findet fast ausschließlich in den alten Ländern statt. In den neuen Ländern (ohne Berlin) sind insgesamt nur vier Privattheater registriert.

Konträr zur Vermutung, daß Großstädte besonders üppig mit Theatern ausgestattet sind, zeigt sich, daß die Stadtstaaten die geringste Theaterdichte – gemessen anhand der Theaterplätze pro 1.000 Einwohner – aufweisen. Bremen, Hamburg

und Berlin sind hier die Schlußlichter, während Rheinland-Pfalz und Thüringen vergleichsweise am besten ausgestattet sind (vgl. Tabelle 1). Mit Ausnahme von Sachsen und Thüringen liegen die neuen Länder nur knapp über dem bundesdeutschen Durchschnitt von 8,8 Theaterplätzen.

Öffentliche Theater bestreiten nur einen geringen Anteil ihrer Betriebsausgaben durch Einnahmen aus dem Kartenverkauf. Bei der Mehrzahl der Länder sank zwischen 1990 und 1994 dieser Anteil, was gleichbedeutend mit einem höheren Zuschußbedarf ist. Beim Vergleich der Einspielergebnisse für die einzelnen Länder deutet vieles darauf hin, daß in den neuen Ländern die Theatereintrittspreise noch deutlich niedriger liegen als in den alten Ländern. In den neuen Ländern (ohne Berlin) wird ein maximales Einspielergebnis von 10 vH (Sachsen), in den alten Ländern werden in fünf Fällen mehr als 15 vH erreicht.

Dementsprechend stärker sind im betrachteten Zeitraum auch die notwendig werdenden Betriebszuschüsse gewachsen und zwar zwischen 30,6 vH (Mecklenburg-Vorpommern) und 95,5 vH (Thüringen). Nur Rheinland-Pfalz und das Saarland ver-

Tabelle 2:

## Kommunale Kulturausgaben ausgewählter deutscher Städte 1993 und 1995

- in DM pro Einwohner<sup>a</sup> -

Städte in der Größenklasse von ... Einwohnern	Kulturverwaltung		Verän- derung in vH 93 - 95	Museen/ Sammlungen/ Ausstellungen		Verän- derung in vH 93 - 95	Theater		Verän- derung in vH 93 - 95
	1993	1995		1993	1995		1993	1995	
200.000 - 500.000									
Ostdeutschland	17,36	15,24	- 12,2	42,13	33,03	- 21,6	128,44	208,51	+ 62,3
Westdeutschland	7,53	7,41	- 1,6	31,41	23,29	- 25,9	110,28	122,93	+ 11,5
100.000 - 200.000									
Ostdeutschland	11,81	27,13	+ 129,7	24,79	26,01	+ 4,9	139,98	68,71	- 50,9
Westdeutschland	11,92	19,83	+ 66,4	20,45	20,69	+ 1,2	144,60	165,56	+ 15,0
Unter 100.000									
Ostdeutschland	19,31	15,74	- 18,5	68,51	47,86	- 30,1	182,13	165,38	- 9,2
Westdeutschland	8,67	13,01	+ 50,1	25,63	19,83	- 22,6	88,61	104,36	+ 17,8
Durchschnittswert									
Ostdeutschland	15,87	19,70	+ 24,1	43,03	34,52	- 19,8	147,28	145,91	- 0,9
Westdeutschland	9,44	13,45	+42,5	26,39	21,40	- 18,9	116,85	133,37	+ 14,1

<sup>a</sup> Die Angaben beziehen sich auf den Verwaltungshaushalt.

Quelle: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, Köln 1994; Deutscher Städtetag; Berechnungen des IWH.

zeichnen einen Zuschußanstieg in ähnlicher Dimension.<sup>38</sup> Die am stärksten subventionierten Theaterplätze finden sich in Brandenburg (222 DM pro Besucher) und in Hessen.

**Ost- und westdeutsche Städte im Vergleich**

Im Städtevergleich lassen sich Ost-West-Unterschiede noch detaillierter untersuchen. Bei der Gegenüberstellung von jeweils 11 west- und ostdeutschen Städten wurde darauf geachtet, Städte ähnlicher Einwohnerzahl auszuwählen, welche in drei Größenklassen zusammengefaßt wurden (vgl. Tabelle 2).<sup>39</sup> Vergleiche werden für die Haushaltssparten allgemeine Kulturverwaltung, Museen/ Sammlungen/Ausstellungen und Theater gezogen. Der Städtevergleich ergibt bei allen drei ausgewählten Haushaltssparten eine durchschnittlich höhere Pro-Kopf-Kostenbelastung der ostdeutschen Städte. Dies gilt sowohl für das Jahr 1993 als auch für 1995. Aus den über alle Städte gebildeten Durchschnittswerten ist ersichtlich, daß die ostdeutschen Kommunen insgesamt ihre Kostensituation von

1993 bis 1995 zwar günstiger gestalten konnten, im absoluten Niveau in den drei Sparten aber nach wie vor über dem der untersuchten westdeutschen Städte liegen.

Im Überblick ist zu erkennen, daß von den drei Sparten des Kulturhaushalts der Theaterbereich am kostenintensivsten ist. Innerhalb des Theaterbereichs wiederum verzeichnen die ostdeutschen Städte mit mehr als 200.000 Einwohnern die höchsten Ausgaben (208 DM pro Einwohner).

Einsparungen im Theaterbereich wurden im Zeitraum zwischen 1993 und 1995 allein von den ostdeutschen Städten mit weniger als 200.000 Einwohnern erzielt. Im Gegensatz dazu verzeichneten die größeren ostdeutschen Städte einen deutlichen Kostenanstieg von mehr als 60 vH, so daß deren Abstand zu den Pro-Kopf-Ausgaben der westdeutschen Vergleichsstädte noch gestiegen ist. Während in der Sparte Museen/Sammlungen/Ausstellungen die Veränderungen bei den Ausgaben in beide Richtungen 30 vH nicht überschreiten, ist der Bereich der allgemeinen Kulturverwaltung deutlich extremeren Fluktuationen unterworfen.<sup>40</sup>

Eine noch stärker detaillierte Analyse des Theaterbereichs der untersuchten Städte läßt erkennen,

<sup>38</sup> Allerdings ist in Rheinland-Pfalz das Platzangebot zwischen 1990 und 1994 deutlich ausgeweitet worden.

<sup>39</sup> Es handelt sich dabei um eine unsystematische Auswahl der Städte Leipzig, Nürnberg, Halle, Karlsruhe, Chemnitz, Gelsenkirchen, Magdeburg, Wiesbaden, Potsdam, Darmstadt, Gera, Regensburg, Zwickau, Koblenz, Jena, Kaiserslautern, Dessau, Trier, Stralsund, Bamberg, Wismar und Offenburg.

<sup>40</sup> Die Ausgaben in der Sparte allgemeine Kulturverwaltung in Tabelle 2 sind untereinander schwerer vergleichbar als die beiden anderen Sparten, da hierunter unterschiedliche und aperiodisch auftretende Posten subsumiert werden.

Tabelle 3:

Auslastung, Einspielergebnis und Personalkostenanteil der Theater ausgewählter Städte in der Spielzeit 1993/94

Städte in der Größenklasse von ... Einwohnern	Platzausnutzung in vH	Einspielergebnis in vH der Betriebsausgaben	Personalausgaben in vH der Betriebsausgaben
200.000 - 500.000			
Ostdeutschland	68,6	7,0	84,6
Westdeutschland	76,7	11,1	84,5
100.000 - 200.000			
Ostdeutschland	68,0	5,4	86,8
Westdeutschland	76,4	11,4	86,5
Unter 100.000			
Ostdeutschland	51,0	5,8	82,9
Westdeutschland	84,2	12,9	84,8
Durchschnittswert			
Ostdeutschland	64,5	6,2	84,9
Westdeutschland	78,1	11,6	85,3

Quelle: Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden, 82. Jg. 1995, Köln 1996; Berechnungen des IWH.

daß in der Spielzeit 1993/94 das Platzangebot in den neuen Ländern schlechter ausgenutzt worden ist. Während dort die Vorstellungen im Durchschnitt nur zu knapp zwei Dritteln besetzt waren, lag die Platzausnutzung in den westdeutschen Vergleichsstädten durchschnittlich bei 78 vH (vgl. Tabelle 3).

Dementsprechend liegen auch die Einspielergebnisse bei allen ostdeutschen Städten niedriger. Sie liegen in einem Bereich zwischen 3,3 vH und 9,5 vH mit einem Durchschnittswert von 6,2 vH der Betriebsausgaben, während die westdeutschen Städte im Durchschnitt 11,6 vH Anteile einspielen – mit einer Schwankungsbreite zwischen 9,2 vH und 16,6 vH. Der größte Teil der Ausgaben für Theater entfällt mit 85 vH in Ost wie in West auf die Personalkosten.<sup>41</sup>

#### **Gefragt: Wege zu einem attraktivem Kulturangebot ohne zusätzliche Kosten**

Aus dem Ost-West-Vergleich ergeben sich verschiedene Hinweise (Entwicklung der Einspielergebnisse und des Zuschußbedarfs, geringe Bedeutung privater Theater), daß vor allem die ostdeutschen Kommunen wichtige Teile ihrer kulturellen

Infrastruktur wenig kostengünstig betreiben und das vorhandene Potential zu wenig ausschöpfen.

Ein kostengünstigerer Betrieb könnte dadurch erzielt werden, daß die Höhe der kommunalen Zuschüsse von einer Verbesserung des Einspielergebnisses der Kultureinrichtungen abhängig gemacht wird. Dies würde zu mehr eigenaktivem Handeln anregen als eine administrativ veranlaßte Anhebung der Eintrittspreise. Ein weiterer Schritt in diese Richtung wäre die vermehrte Umwandlung kommunaler Theater in Eigenbetriebe, die den Leitungen der Kultureinrichtungen mehr Handlungs- und Finanzautonomie verleihe. Dies gilt auch für Kabaretts, die in Ostdeutschland noch vielfach in kommunaler Regie betrieben werden. Des weiteren können Kosten auch durch die Gründung interkommunaler Theater- und Orchesterverbände reduziert werden. Dieser Weg wird bereits vereinzelt beschritten, ist aber bisher noch zu häufig am Hindernis kulturpolitischer „Kleinstaaterei“ gescheitert.

Da – wie eingangs erwähnt – im Gegensatz zu den stagnierenden Besucherzahlen der kommunalen Theater der Zustrom zu Privattheatern wächst, sollten die Kommunen diesem Bereich Entwicklungschancen bieten, um damit gegebenenfalls auch eine größere Vielfalt ihres Kulturangebots zu erreichen.

<sup>41</sup> Unter Berücksichtigung des Umstands, daß in Ostdeutschland die Lohntarife im öffentlichen Dienst um 16 vH niedriger liegen, wäre selbst ein Kostengleichstand zwischen Ost und West noch ein Indiz dafür, daß ostdeutsche Kommunen ihre Theater kostengünstiger betreiben.

Peter Franz  
pfr@iwh.uni-halle.de

## Ostdeutsche Bauproduktion mit Schwäche bis zum Jahresende

Im ostdeutschen Baugewerbe hat sich die Geschäftslage im Juni laut IWH-Umfrage unter 300 Unternehmen zwar geringfügig verbessert, die saisonübliche Aufwärtsbewegung fällt aber in diesem Jahr äußerst schwach aus. Im Vergleich zum Vor-

jahr ergibt sich für alle Sparten ein deutlicher Leistungsabfall. Auch die Geschäftsaussichten für die nächsten sechs Monate bleiben durchgängig mäßig.

Brigitte Loose  
(blo@iwh.uni-halle.de)

Tabelle 1:

Geschäftslage und Geschäftsaussichten laut IWH-Umfrage im ostdeutschen Baugewerbe - Juni 1997  
Vergleich zum Vorjahreszeitraum und zur Vorperiode

Gruppen/Wertungen	gut (+)			eher gut (+)			eher schlecht (-)			schlecht (-)			Saldo		
	Juni 96	Apr 97	Juni 97	Juni 96	Apr 97	Juni 97	Juni 96	Apr 97	Juni 97	Juni 96	Apr 97	Juni 97	Juni 96	Apr 97	Juni 97
	- in vH der Unternehmen der jeweiligen Gruppe <sup>a</sup> -														
<b>Geschäftslage</b>															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	<b>22</b>	<b>13</b>	<b>14</b>	<b>38</b>	<b>35</b>	<b>35</b>	<b>36</b>	<b>41</b>	<b>45</b>	<b>4</b>	<b>11</b>	<b>6</b>	<b>20</b>	<b>- 5</b>	<b>-2</b>
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe darunter <sup>b</sup>	17	12	14	40	33	30	38	44	49	6	10	7	13	- 9	-12
Hochbau	24	15	18	40	29	29	29	49	48	7	7	5	29	- 12	-6
Tiefbau	10	8	8	34	34	26	51	44	59	5	14	7	-12	- 17	-32
Ausbaugewerbe	34	15	15	37	39	48	28	35	33	2	11	5	42	7	25
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	30	19	23	38	38	35	27	32	31	5	11	11	35	14	15
20 bis 249 Beschäftigte	26	14	15	38	34	35	32	39	44	4	13	6	29	- 3	1
250 und mehr Beschäftigte	0	5	5	35	32	29	57	58	62	9	5	5	-30	- 26	-3
<b>Statusgruppen</b>															
Bauindustrie															
Privatisierte Unternehmen	10	9	6	43	31	35	44	45	53	3	15	6	6	- 22	-18
Neugründungen	36	21	17	34	25	28	28	51	46	2	3	9	40	- 8	-10
Bauhandwerk	37	15	29	36	49	40	19	28	28	8	8	3	45	28	38
<b>Geschäftsaussichten</b>															
<b>Baugewerbe insgesamt</b>	<b>19</b>	<b>14</b>	<b>10</b>	<b>46</b>	<b>44</b>	<b>42</b>	<b>29</b>	<b>34</b>	<b>42</b>	<b>6</b>	<b>8</b>	<b>5</b>	<b>30</b>	<b>16</b>	<b>5</b>
<b>Zweige/Sparten</b>															
Bauhauptgewerbe darunter <sup>b</sup>	16	12	10	45	43	40	32	38	44	7	7	6	23	9	0
Hochbau	22	15	11	45	42	45	26	37	38	6	6	6	35	14	12
Tiefbau	12	6	6	42	42	33	38	43	55	9	9	6	7	- 6	-22
Ausbaugewerbe	26	19	12	50	48	48	20	22	40	4	11	0	53	34	21
<b>Größengruppen</b>															
1 bis 19 Beschäftigte	21	24	13	58	32	46	18	30	31	3	14	10	58	14	19
20 bis 249 Beschäftigte	24	14	11	45	44	43	26	33	42	6	10	4	37	15	8
250 und mehr Beschäftigte	0	5	0	48	53	35	44	42	60	9	0	5	-4	16	-30
<b>Statusgruppen</b>															
Bauindustrie															
Privatisierte Unternehmen	11	9	5	46	43	41	38	38	49	5	10	6	14	4	-9
Neugründungen	29	24	15	43	41	35	25	28	44	2	7	6	45	30	0
Bauhandwerk	34	18	19	46	48	52	10	28	27	10	6	2	60	32	41

<sup>a</sup> Summe der Wertungen pro Jahr jeweils gleich 100 - Ergebnisse gerundet. - <sup>b</sup> Hoch- und Tiefbau werden als Darunterposition ausgewiesen, da ein Teil der an der Umfrage beteiligten Unternehmen keiner dieser Sparten eindeutig zugeordnet werden kann.

Quelle: IWH-Baumfragen.